



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DIE SOZIALE LAGE IN DEN REGIONEN

■ ANALYSE		
Die Krise in den Regionen Russlands		2
Natalia Zubarevich, Moskau		
■ ANALYSE		
Wie russische Regionen in der Wirtschaftskrise zurechtkommen:		
Der Fall Tatarstan		8
Gulnaz Sharafutdinova, London		
■ STATISTIK		
Wirtschaftsstrukturdaten		12
■ UMFRAGE		
Die Wirtschaftskrise in der Wahrnehmung der Bevölkerung		13
Die Wahrnehmung der persönlichen Situation und soziale Ängste		14
Verbraucherverhalten		16
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Pskow. Die ärmste Region Russlands		17
Sergey Medvedev, Berlin / Moskau		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
'68 in Ost und West		21
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
3. – 16. Juni 2016		23

Die Krise in den Regionen Russlands

Natalia Zubarevich, Moskau

Zusammenfassung

Die aktuelle Wirtschaftskrise in Russland unterscheidet sich von den vorhergehenden. Sie begann 2013 aufgrund innerer Entwicklungshemmnisse, zu denen sich erst 2015 externe Faktoren hinzugesellten (sinkender Ölpreis und Sanktionen). Diese Krise unterscheidet sich von den vorhergehenden durch ein langsames Schrumpfen der Wirtschaft und ein anderes Spektrum der akutesten Probleme: Das erste Problem besteht in einer seit 2013 erfolgenden Destabilisierung der regionalen Haushalte und in einer zunehmenden Schuldenlast, die sich aus der Notwendigkeit ergibt, die Erlasse des Präsidenten über eine Erhöhung der Gehälter der öffentlichen Angestellten umzusetzen. Der Föderale Haushalt wies erst 2015 wegen der fallenden Ölpreise ein Defizit auf. Das zweite Problem ist ein beträchtliches Absinken der realen Einkommen und ein noch stärkerer Rückgang des Konsums (des Einzelhandels). Das dritte Problem besteht in einem beschleunigten Schwund der Investitionen über die vergangenen drei Jahre. Die traditionellen krisenbedingten Probleme sind schwächer ausgeprägt: Ein Rückgang der Industrieproduktion setzte erst im Februar 2015 ein und fiel relativ gering aus. Die Arbeitslosigkeit ist minimal, der Arbeitsmarkt ist aufgrund einiger mildernender Faktoren relativ stabil. Das Bild der Auswirkungen der Krise in den verschiedenen Regionen unterscheidet sich ebenfalls nach allen Indikatoren von den vorhergehenden.

Krise der regionalen Haushalte

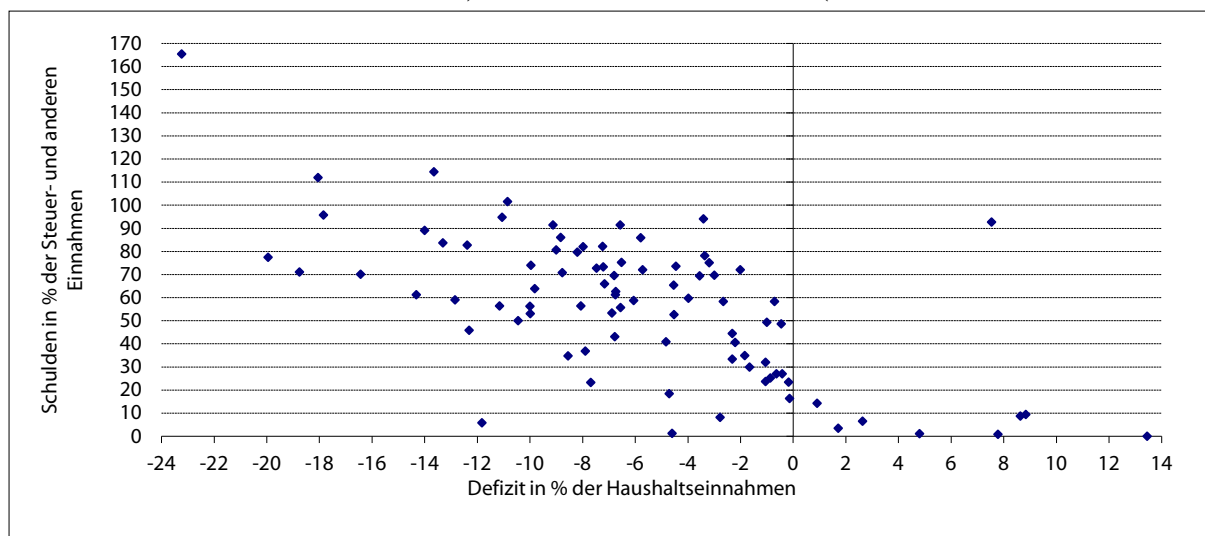
Die zusätzlich anfallenden Ausgaben für die Umsetzung der Präsidialerlasse über eine Erhöhung der Gehälter der öffentlichen Angestellten sind zu großen Teilen den regionalen Haushalten aufgebürdet worden (zu 70 % 2013–2014 und zu 80 % im Jahr 2015). Gleichzeitig stiegen die Einnahmen der Regionalhaushalte wegen der wirtschaftlichen Stagnation nur langsam, während die Transferzahlungen aus dem Föderalen Haushalt zurückgingen. Dadurch stieg das Defizit der regionalen Haushalte im Jahr 2013 auf 642 Milliarden Rubel, 77 regionale Haushalte waren defizitär. 2014 wiesen die Haushalte in 75 Regionen ein Defizit auf, 2015 war das in 76 Regionen der Fall. Nur die »reichsten« Regionen (Moskau, St. Petersburg, die Gebiete Tjumen und Sachalin sowie die ölfördernden autonomen Bezirke sind in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Zur Deckung der Haushaltsdefizite sind die Regionen genötigt, sich Gelder zu leihen. Im Verlauf des Jahres 2013 verdreifachten sich die Gesamtschulden der Regionen auf 1,8 Billionen Rubel, bis Ende 2014 stiegen sie auf 2,4 Billionen und bis Anfang 2016 um weitere 11 % auf 2,7 Billionen Rubel. Das Schuldenvolumen beträgt 35 % der regionalen Steuer- und anderen Haushaltseinnahmen (die Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt nicht mitgerechnet). Das ist jedoch nur ein Durchschnittswert: In 34 Regionen betrug die Verschuldung des Haushalts 70–165 % der Steuer- und anderer Einnahmen. Bei der Schuldenstruktur überwiegen Bankkredite, die zu hohen Zinssätzen vergeben werden (10–20 % *per annum*); ihr Anteil liegt bei 44 %. Haushaltskredite sind für die Regionen sehr viel komfortabler, der Zinssatz wurde dort auf 0,5 % *p.a.* gesenkt. Das russische Finanzministerium hat das Volumen der Haushaltskredite 2015 nahezu verdoppelt (von 160 auf 310 Milliarden Rubel). Ihr Anteil am Schuldenportfolio der Regionen ist im Verlauf des Jahres 2015 von 31 auf 34 % gestiegen, doch das ist für eine Milderung des Problems nicht ausreichend.

Die Haushaltskrise ist 2015 zum vordringlichsten Problem geworden. Zwei Drittel der Regionen weisen ein Haushaltsdefizit und gleichzeitig hohe Schulden auf, die die Steuer- und anderen Einnahmen um rund 50 % übersteigen (s. Graphik 1 auf der nächsten Seite). Im Vergleich mit den Schulden der Regionen und Kommunen in entwickelten Ländern ist das Verschuldungsniveau der Regionen in Russland nicht hoch. Doch ist es für die russischen Regionen wegen des schwach entwickelten Kreditmarktes, der hohen Zinssätze und der instabilen Haushaltseinnahmen sehr viel schwieriger, die Schulden zu bedienen.

Das Problem ist unmöglich durch eine Steigerung der Unterstützung durch den Föderalen Haushalt zu lösen, da dieser 2015 wegen der geschrumpften Ölrente wieder ein Defizit aufwies (2 Billionen Rubel bzw. 2,5 % des BIP). Der Hauptansatz besteht in einer Anpassung der Haushaltsausgaben der Regionen. 2013 und 2014 waren die Regionen bemüht, bei jenen Ausgaben zu sparen, die nicht dem Sozialbereich galten. 2015 wurde dann eine noch stärkere Kürzung notwendig, die nun auch die Sozialausgaben betraf. In den regionalen Haushalten ist das der größte Posten, im Schnitt sind es über 60 %; in jeder zweiten Region beträgt der Anteil der Sozialausgaben 65–78 %. Im Jahr 2015 haben zwei Drittel der Regionen nominell (nicht inflationsbereinigt) ihre Ausgaben für Kultur gekürzt, über die Hälfte der

Grafik 1: Verteilung der Föderationssubjekte nach Schuldenniveau mit Stand vom 1. Januar 2016 (in Prozent der Steuer- und anderen Einnahmen) und nach Haushaltsdefizit 2015 (in Prozent der Haushaltseinnahmen)



Quelle: Berechnungen der Autorin, basierend auf Daten des Föderalen Schatzamtes und des Finanzministeriums

Regionen kürzten die Bildungsausgaben, ein Viertel kürzte die Gesundheitsausgaben und jede fünfte Region kürzte die Ausgaben für die soziale Sicherung der Bevölkerung (s. Tabelle 1). Durch die Anpassung stehen jetzt weniger soziale Dienstleistungen zur Verfügung und es haben sich politische Spannungen verstärkt, doch das wird kaum Auswirkungen auf die Wahlen zur Staatsduma 2016 und auf die Präsidentschaftswahlen 2018 haben. Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt der Propaganda: Das Land ist von einem »Ring aus Feinden« umgeben, man muss durchhalten.

Tabelle 1: Entwicklung der Haushaltsausgaben* der Regionen 2015, in Prozent gegenüber 2014

	Veränderung in Prozent	Anzahl der Regionen, die gekürzt haben
Einnahmen	6	13
Ausgaben, davon	1	31
Kommunale Wohnungswirtschaft	-5	51
Kultur	-3	54
Bildung	1	48
Allgemeinstaatliche Belange	4	32
Gesundheit	5	20
Volkswirtschaft	6	31
Soziale Sicherung	6	16

* nominal, nicht inflationsbereinigt

Quelle: Berechnungen der Autorin, basierend auf Daten des Föderalen Schatzamtes

Rückgang der Einkommen und des Konsums

Der Anstieg der realen Einkommen hat seit Januar 2014 aufgehört, noch vor der Annexion der Krim, und zwar aufgrund innerrussischer Probleme. Äußere Faktoren (Sanktionen, Sinken der Ölpreise) und der anschließende Anstieg der Inflation sowie der Wertverfall des Rubel haben die negative Entwicklung dann verstärkt. 2014 sind die realen Einkommen der Bevölkerung um 0,5% zurückgegangen, 2015 betrug der Rückgang 4,3% und im ersten Quartal 2016 weitere 4%. 2015 wurde in einer großen Mehrheit der Regionen (in 76 von 83, ohne die Krim) ein Rückgang verzeichnet. Die regionale Differenzierung ist dabei nur schwer zu analysieren, da die Einkommensstatistiken insbesondere in Krisenzeiten wegen des hohen Anteils von Einkommen aus der Schattenwirtschaft nicht genau genug sind.

Der Rückgang der realen Löhne und Gehälter fiel noch stärker aus: 2015 betrug er fast 10 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Ein Rückgang der realen Löhne und Gehälter erfolgte in allen Regionen außer auf Sachalin (s. Grafik 2 auf der folgenden Seite). Starke regionale Unterschiede sind hier eher durch die geringe Genauigkeit der Statistiken zu erklären, doch ist die Tendenz offensichtlich: Für Russland ist eine Anpassung des Arbeitsmarktes an Krisenlagen typisch, bei der eher die Löhne und Gehälter sinken, als dass die Arbeitslosigkeit zunähme.

Der Rückgang der Einkommen der Bevölkerung sowie der Löhne und Gehälter hat zu einem Absinken des Konsums geführt. Im Laufe des Jahres 2015 ging der Einzelhandel um 10 % zurück, in 78 Regionen gab es eine negative Entwicklung. Im ersten Quartal hat sich diese Tendenz fortgesetzt (-5,4%), auch wenn es nun weniger Regionen mit einem Rückgang gab (69 von 85, inkl. Krim). Die Entwicklung des Einzelhandels 2015–2016 ist negativer als alle anderen untersuchten Indikatoren. Das bedeutet, dass die Bevölkerung Russlands sich auf gewohnte Weite an die Krise anpasst, indem der Konsum verstärkt zurückgefahren wird. Das Sparen bei entgeltlichen Dienstleistungen (Urlaub, Unterhaltung, Alltag) erhöht darüber hinaus das Krisenrisiko für den Dienstleistungssektor, der sich auf die Großstädte konzentriert.

Der Rückgang der Investitionen setzte 2013 ein (-0,2%). 2014 beschleunigte sich der Rückgang (2,7 % gegenüber 2014), betrug 8,4 % im Jahr 2015 und setzte sich auch im ersten Quartal 2016 fort (-5 %). 2015 war in zwei Dritteln der Regionen ein Investitionsrückgang zu verzeichnen, am schlechtesten standen die Dinge in den Föderalbezirken Süd, Sibirien, Nordwest und Ural sowie in über der Hälfte der Regionen Zentralrusslands und des Fernen Ostens. Die Entwicklung der Investitionen zeigt, dass die von der Zentralregierung verkündeten Entwicklungsvektoren, nämlich Importsubstitution und eine »Wende nach Osten«, nur Schlagwörter bleiben. Importsubstitution ist ohne Investitionen nicht möglich, das gleiche gilt für eine forcierte Entwicklung der östlichen Regionen des Landes.

Das Nachlassen der Bautätigkeit begann 2014 (-4,5%), erreichte 2015 7 % und betraf alle Regionen mit einem erheblichen Bauaufkommen. Am stärksten (um 16%) reduzierte sich die Bautätigkeit im Südlichen Föderalbezirk (zum Teil wegen der abgeschlossenen Vorbereitungen zu den Olympischen Spielen in Sotschi), im Föderalbezirk Sibirien ging sie um 15 % zurück, im Ural um 13 %. Im Fernen Osten erfolgt im dritten Jahr in Folge ein Rückgang, der 2015 7 % betrug, was erneut die Schwierigkeiten einer »Wende nach Osten« bei ungünstigen institutionellen Voraussetzungen belegt.

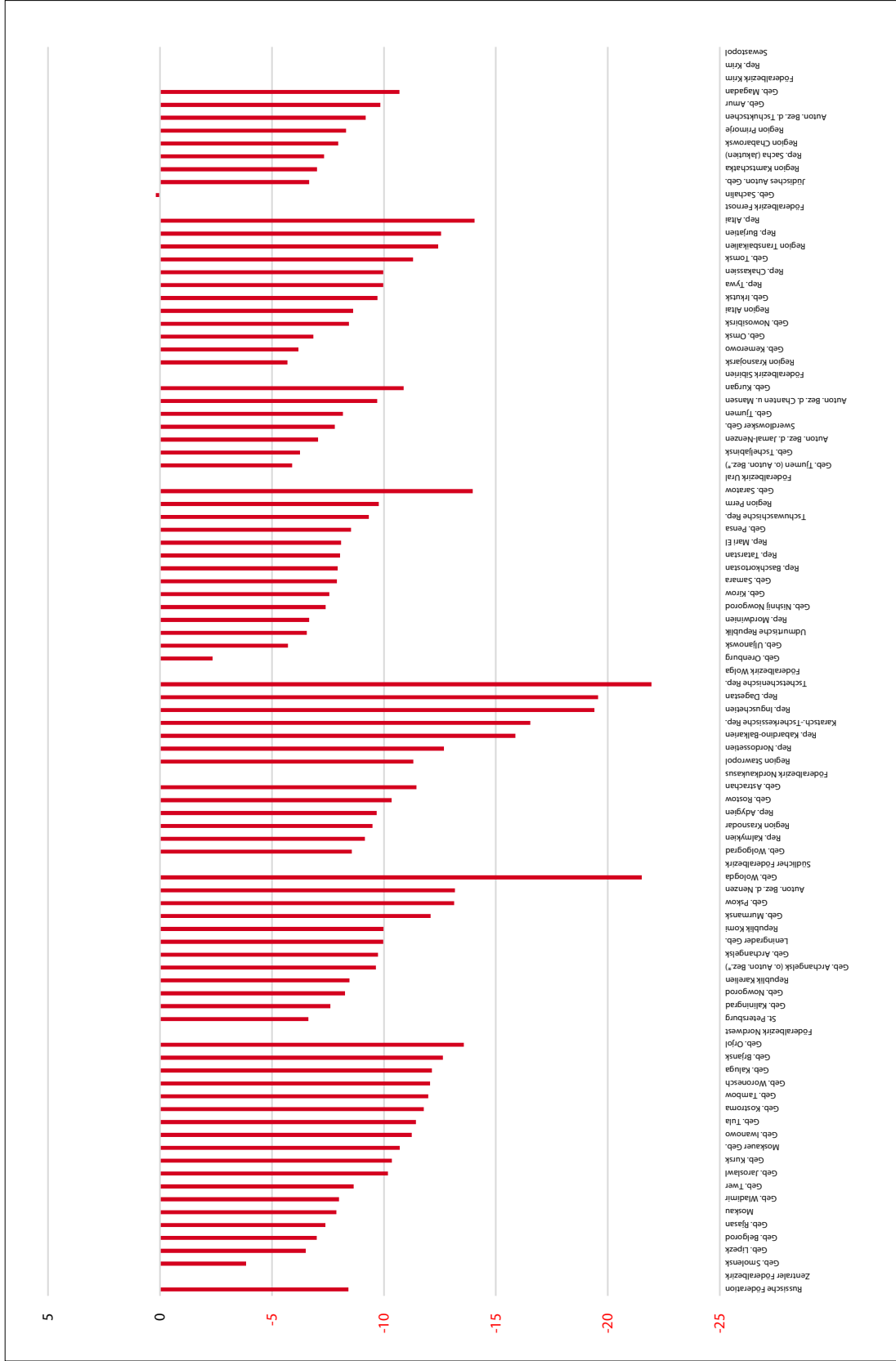
Die negative Entwicklung beim Wohnungsbau bildete sich erst später, ab Sommer 2015 heraus. Im ersten Quartal 2016 verschlechterte sich die Entwicklung drastisch (Rückgang um 16%), die Fläche des fertiggestellten Wohnraums ging in 62 Regionen zurück. Diese Tendenz wird sich verstärken, da das Volumen der Hypothekenkredite wegen erhöhter Zinsen und schwindender Realeinkommen der Bevölkerung um 40 % gesunken ist. Das Schrumpfen des Wohnungsbaus ist am problematischsten für die Großstädte, auf die sich der Wohnungsbau konzentriert. Besonders stark war der Rückgang in den Regionen des Föderalbezirks Ural (um 43–70 % im ersten Quartal 2016), und in Regionen, in denen in erheblichem Maße Wohnraum fertiggestellt wird: in den Gebieten Tjumen, Wolgograd, Tscheljabinsk, Tula, Kaluga, Samara und Nowosibirsk sowie in der Region Perm (um 39–55 %). Auf den größten Wohnungsmärkten (Moskau, Moskauer Gebiet und St. Petersburg) verringert sich der Wohnungsbau deutlich weniger rasant (10–44 %).

Rückgang der Industrieproduktion

Die Stagnation der Industrieproduktion setzte 2013 ein, der krisenbedingte Rückgang begann erst im Februar 2015. Die Talsohle wurde mit minus 5,5 % im Mai erreicht. Insgesamt betrug der Rückgang 3,4 % im Jahr 2015, erheblich weniger als bei den vorhergehenden Krisen. In der verarbeitenden Industrie war ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen (-5,4%), in der Förderindustrie gibt es weiterhin ein minimales Wachstum. Zu den Branchen mit den größten Problemen gehören der Transportmaschinenbau (Automobilbau, Waggonbau), eine Reihe anderer Sparten des Maschinenbaus und die Textilindustrie. Im ersten Quartal 2016 verlangsamte sich der Rückgang (-0,6%) – die Industrie passt sich allmählich den verschlechterten Bedingungen an.

Der Rückgang hat nicht alle Regionen betroffen, die Entwicklung hängt von der jeweiligen »Spezialisierung« einer Region ab. Die Industrieproduktion sank 2015 in 36 Regionen, bei der verarbeitenden Industrie sah es schlechter aus: Hier war in 43 Regionen ein Rückgang zu verzeichnen. Die meisten der betroffenen Regionen gehören zum Zentralen Föderalbezirk und zum Föderalbezirk Wolga. In Moskau und St. Petersburg lag der Rückgang über dem Durchschnitt (5–7%) – die Krise beschleunigt die postindustrielle Transformation. Ein höheres Schrumpfungstempo ist in den semidepressiven Regionen des Landes festzustellen (in den Gebieten Iwanowo, Kostroma, Amur und dem Jüdischen Autonomen Gebiet mit 7–10%), denen es in schwierigen Zeiten stets schlechter ergeht. Wegen des drastischen Einbrechens der zahlungsfähigen Nachfrage ist die Produktion in den Regionen erheblich zurückgegangen, die früher Investoren für Montagefabriken der Automobilindustrie hatten gewinnen können (Gebiete Kaluga und Kalininograd mit einem Minus von 7–9%).

Grafik 2: Entwicklung der realen Löhne und Gehälter 2015 gegenüber 2014 in %



*Die Autonomen Bezirke der Nenzen, der Jamal-Nenzen und der Chanten und Mansen sind Föderationssubjekte, jedoch Bestandteil der Gebiete Archangelsk (A.B. d. Nenzen) bzw. Tjumen

In Regionen mit starker Rüstungsindustrie hält das Wachstum wegen erhöhter Staatsaufträge, die durch den Föderalen Haushalt finanziert werden, trotz der Krise weiterhin an: In den Gebieten Rostow, Brjansk, Tula und der Republik Marij El stieg die Industrieproduktion um 8–54%. Auch in den öl- und gasfördernden Regionen im Norden und Osten Russlands (die Gebiete Sachalin und Irkutsk sowie der Autonome Bezirk der Jamal-Nenzen usw.) stieg die Produktion. In den wichtigsten Regionen des Öl- und Gaskomplexes (Autonome Bezirke der Chanten und Mansen sowie der Jamal-Nenzen) liegt das Wachstum der Industrieproduktion allerdings nahe Null. In den Regionen des Südens mit einer entwickelten Nahrungsmittelindustrie ist ein geringes Wachstum zu verzeichnen, da die Gegensanktionen Russlands und der fallende Rubelkurs zu einer Verdrängung ausländischer Konkurrenten vom Markt geführt haben.

Die Entwicklung der Industrie stellt sich also in exportorientierten Rohstoff-Regionen besser dar, besonders in den Regionen mit Öl- und Gasförderung, in den südlichen Regionen mit einer Spezialisierung auf die Nahrungsmittelindustrie und – erstmals in postsowjetischer Zeit – in den Regionen des Militär-Industriellen Komplexes. Für letztere hängen die Aussichten von der Finanzierung durch den Föderalen Haushalt ab.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit bleibt weiterhin auf dem niedrigsten Stand seit dem Ende der Sowjetunion (5,9% im April 2016). In keiner der Regionen hat es einen merklichen Anstieg der Arbeitslosigkeit gegeben (s. Grafik 3 auf der folgenden Seite). Für die schwache Reaktion des Arbeitsmarktes auf die Krise lassen sich mehrere Gründe ausmachen.

Zum einen unterscheidet sich der Arbeitsmarkt Russlands durch ein eigenes Adaptionsmodell für wirtschaftliche Schwächeperioden, bei dem der Anteil der Teilzeitbeschäftigten zunimmt und die Löhne und Gehälter reduziert werden. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten steigt bisher noch langsam, im Maschinenbau liegt er allerdings höher. Regionale Unterschiede sind auf die jeweilige wirtschaftliche Spezialisierung einer Region zurückzuführen. Am größten war der Anteil der Teilzeitbeschäftigten und betriebsbedingt Zwangsbeurlaubten Ende 2015 in den Regionen mit Automobilindustrie (Gebiet Kaluga: 6% gegenüber einem Durchschnitt in Russland von 3%), wie auch in einer Reihe von Regionen mit Schwerpunkt Maschinenbau oder Textilindustrie (Gebiete Twer und Iwanowo: 5%). Der Anteil Zwangsbeurlaubten ist in den Metallurgie-Regionen des Ural größer (Swerdlowsker Gebiet, Gebiet Tscheljabinsk: 10–12% gegenüber 8% im russischen Durchschnitt), ebenso in einigen Maschinenbau-Regionen des Wolgagebiets.

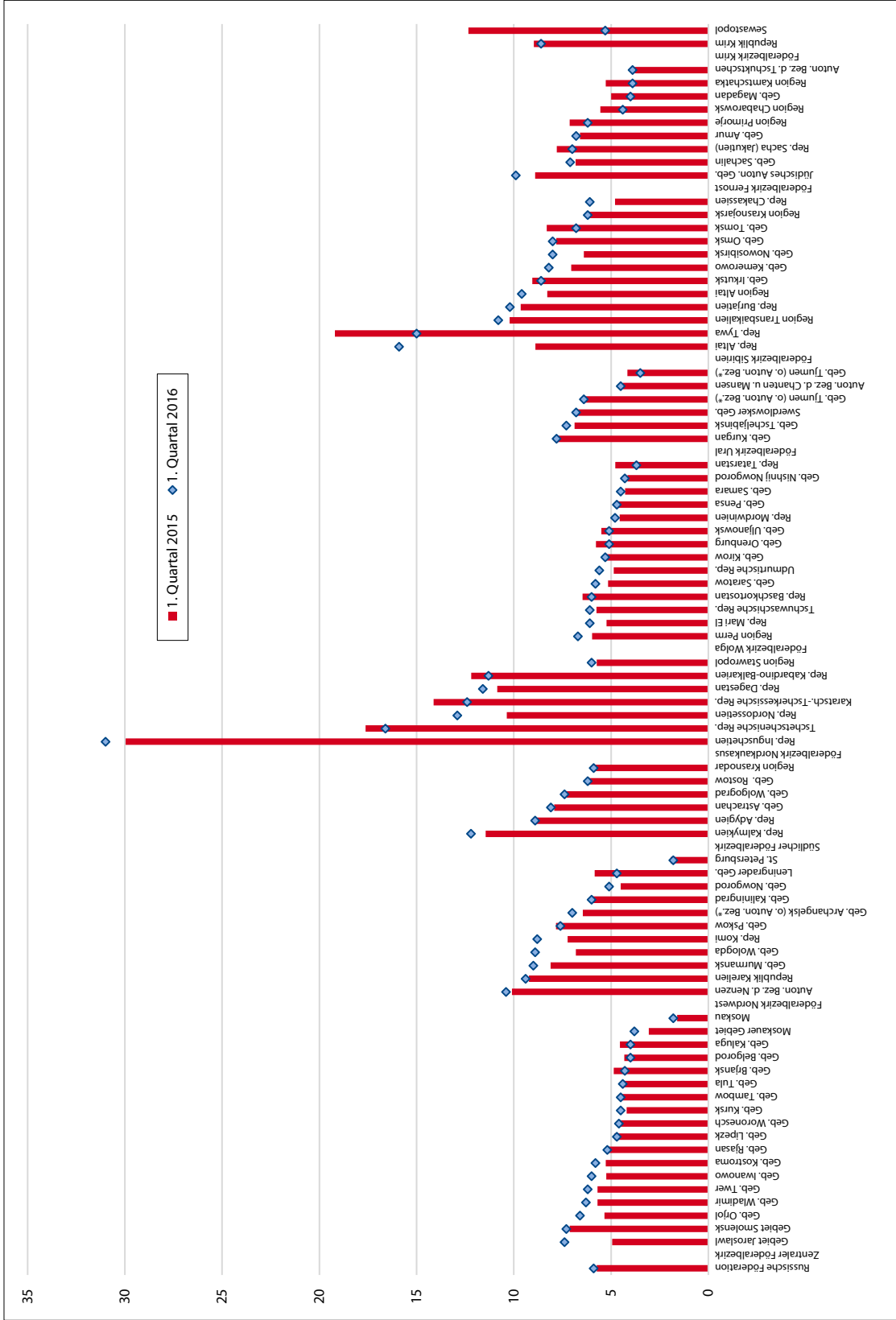
Zweitens sorgt ein demographischer Faktor für Stabilität: Es tritt jetzt die zahlenschwache Generation der in den 1990er Jahren Geborenen auf den Arbeitsmarkt, während die erheblich zahlenstärkere Generation der in den 1950er Jahren Geborenen den Arbeitsmarkt verlässt. Aufgrund der Spezifika der demographischen Pyramide Russlands wird sich die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter bis zum Ende der 2010er Jahre um jährlich 600–800.000 verringern. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist das eine höchst ungünstige Tendenz, in der Krise jedoch mildert sie den Druck auf den Arbeitsmarkt.

Drittens sind in der Wirtschaft Russlands viele Arbeitsmigranten tätig (nach unterschiedlichen Einschätzung zwischen vier und acht Millionen Menschen), die vor allem im Bauwesen und im Dienstleistungsbereich konzentriert sind. Ein Teil der Arbeitsmigranten zieht bei fehlender Arbeitsmöglichkeit fort, was die Arbeitslosigkeits-Risiken verringert. Viertens ist die Zahl der in großen und mittleren Betrieben Beschäftigten seit längerem rückläufig (von 42 Millionen Beschäftigten Anfang der 2000er Jahre auf 33 Millionen 2015), während gleichzeitig die Zahl der in der Schattenwirtschaft Tätigen zunimmt. Nach unterschiedlichen Einschätzungen sind in der informellen Wirtschaft zwischen 15 und 20 Millionen Menschen tätig, also rund 20% aller Erwerbstätigen in Russland. Die Beschäftigungsrisiken in der informellen Wirtschaft liegen auf der Hand: Es bedeutet ein geringeres und instabiles Einkommen, geringe soziale Absicherung; aber die Betroffenen müssen schließlich ihren Lebensunterhalt verdienen und sind daher nicht zu Protesten bereit.

Die Gesamtwirkung dieser Faktoren trägt dazu bei, die Auswirkungen der Krise abzumildern, wenngleich die lokalen Arbeitsmärkte zunehmend angespannt sind. Empfindlicher sind in der Krise die Arbeitsmärkte der Monostädte; auch wenn bis Ende 2015 die Rate der registrierten Arbeitslosigkeit in 15 Monostädten angestiegen war, so handelte es sich bei allen um kleine oder mittelgroße Städte. Zur Reduzierung der Risiken auf lokalen Arbeitsmärkten setzten die russischen Behörden unterschiedliche Instrumente ein: administrative Beschränkungen für Massentlassungen, Finanzierung von Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung usw. Während der Krise 2009 sind verbreitet öffentliche Arbeiten eingesetzt worden, deren Finanzierung für den Föderalen Haushalt keine besonders hohen Belastungen bedeuten (40–50 Milliarden Rubel jährlich). Bei einer länger währenden Krise bedeuteten solche Maßnahmen allerdings beträchtlich höhere Haushaltsaufwendungen.

Es wird immer deutlicher, dass die Krise in eine träge Phase getreten ist. An die neue Realität passen sich allmählich alle an: die Industrie, die Arbeitsmärkte und die Bevölkerung, die nach dem Rückgang der Einkommen den

Grafik 3: Arbeitslosigkeit nach Ansatz der ILO, in Prozent



*Die Autonomen Bezirke der Nenzen, der Jamal-Nenzen und der Chanten und Mansen sind Föderationssubjekte, jedoch Bestandteil der Gebiete Archangelsk (A.B. d. Nenzen) bzw. Tjumen
 Quelle: Angaben von »Rosstat«

Konsum zurückfährt. Regionen, die von der Krise stark getroffen wurden, haben die Phase des Niedergangs hinter sich und gewöhnen sich allmählich an das schlechtere Leben. Ein aufholendes Wachstum in den Regionen bleibt aus.

Fazit

Die Perspektiven sind ungünstig. Der Rückgang der Investitionen und der Einkommen der Bevölkerung wird sich fortsetzen, wodurch die Zahl der Armen sich erhöhen und die Krise mit Verzögerung überwunden sein wird. Das Industriebeschäft in den Regionen des Militär-Industriellen Komplexes wird mit großer Wahrscheinlichkeit wegen des zunehmenden Defizits des Föderalen Haushalts aufhören, was die Arbeitslosigkeit erhöhen dürfte. Die Anpassung der regionalen Haushalte wird sich verstärken, was den Zugang zu sozialen Dienstleistungen reduziert. Den Gürtel enger zu schnallen und sich an verschlechterte Lebensbedingungen anzupassen, dürfte die allgemeine Tendenz sein, ohne merkliche regionale Unterschiede.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Natalja Subarewitsch ist Professorin an der Fakultät für Geographie der Moskauer Staatlichen Universität. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Entwicklungen der Regionen und Städte in Russland, räumliche Ungleichheit und gesellschaftliche Entwicklungen.

Lesetipps

Zubarevich, Natalia: Crisis in the Regions: The Time Has Come to Pay for "Crimea Is Ours!", in: Russian Politics & Law, 53.2015, Nr. 4, S. 45–56

ANALYSE

Wie russische Regionen in der Wirtschaftskrise zurechtkommen: Der Fall Tatarstan

Gulnaz Sharafutdinova, London

Zusammenfassung

Russlands Regionalregierungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes. Dieser Beitrag untersucht die wichtigsten Strategien der Regierung der Republik Tatarstan, mit denen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die verschiedenen Industrien und Branchen der Republik abgefedert werden sollen.

Allgemeine Lage

Olga Golodez, die für Soziales zuständige stellvertretende Ministerpräsidentin, gestand im Frühjahr 2016 ein, dass die Bevölkerung des Landes rasant in die Armut abrutscht (s. <<http://www.vedomosti.ru/newslines/top/economics/news/2016/03/23/634774-golodets-priznala-obednenie>>). Die Anzahl der Menschen, die unterhalb des Existenzminimums lebt, hat den Statistiken von 2015 zufolge mit zusätzlichen 3,2 Millionen in einem Rekordtempo zugenommen und 19,2 Millionen bzw. 13 % der Gesamtbevölkerung erreicht. Durchschnittliche Russen schränken ihren Konsum rasant ein und schalten auf einen Überlebensmodus um, der vielen

aus den 1990er Jahren bekannt ist. Lokal nimmt der Unmut zu und meist wirtschaftlich motivierte Proteste der Bevölkerung brodeln in vielen Teilen des Landes. Soziologen haben zudem bei der Durchschnittsbevölkerung ein Zunehmen depressiver Haltungen, Ermüdung und Einsamkeit festgestellt, die von zunehmender Aggression, Ängsten und Ressentiments begleitet werden (s. <<http://www.rbc.ru/politics/04/02/2016/56b241cb9a79470482dfe5bd>>). Die politischen Folgen dieser Entwicklungen sind nur schwer vorauszusagen. 2015 haben durchschnittliche Russen kein wachsendes Interesse an gesellschaftlichem Protest. Es kommt zwar mancherorts und recht häufig zu Protesten, doch

sind die eher lokaler Natur und wirtschaftlich motiviert. Ihnen wird für gewöhnlich auf regionaler Ebene begegnet und sie werden nicht mit landesweiten Oppositionsgruppen in Verbindung gebracht, wenn auch 2015 im Kontext der Fernfahrer Proteste gegen das neue Mautsystem »Platon« ein solcher Versuch unternommen wurde. 2016 stehen in Russland Parlamentswahlen an und somit auch ein Vorlauf der Präsidentschaftswahlen. Die russischen Behörden sind sich zweifellos der mit diesen Wahlen verbundenen Herausforderungen sehr bewusst, und es wird jeder Versuch unternommen werden, die erwarteten Ergebnisse zu erreichen. Im politischen System Russlands kommt den Regionalregierungen eine Schlüsselfunktion für die Wahlergebnisse zu. Diese sind für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Indikatoren in der jeweiligen Region zuständig, einschließlich der Wahlergebnisse. Die Reaktionen der Regionalregierungen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Art und Weise, in der sie sich auf die anstehenden Wahlen vorbereiten, sind zwei zusammenhängende Fragen, die uns einen Einblick ermöglichen, was von der kommenden Wahlsaison in Russland zu erwarten ist. Im Folgenden werde ich mich auf die Republik Tatarstan konzentrieren, eine der wirtschaftlich und politisch erfolgreicheren Regionen Russlands, die über eine starke Führung und eine robuste Wirtschaft verfügt. Dabei sollen die Strategien der Republikregierung und der regionalen Unternehmen untersucht werden, mit denen der Wirtschafts- und Finanzkrise begegnet werden soll.

Tatarstan – ein »Russland im Kleinformat«?

Dieser Einzelfall lässt sich nicht für alle Regionen verallgemeinern; er kann uns allenfalls die möglichen »besten Szenarien« aufzeigen, die den Regionalregierungen in Russland zur Verfügung stehen. Hinsichtlich seiner Wirtschaftsstruktur kann Tatarstan mit seinem Schwerpunkt auf Öl- und Gasproduktion, petrochemische Industrie, Maschinenbau und Landwirtschaft – diese Branchen gelten auch für die russische Volkswirtschaft als zentral – als ein »Russland im Kleinformat« betrachtet werden. Tatarstan ist eine hochindustrialisierte Region. 2015 entfielen 41 % des Regionalen Brutto Produkts auf den Industriesektor, 7 % auf die Landwirtschaft und 15 % auf den Handel (s. <<http://www.tatar-inform.ru/news/2016/02/24/492939/>>). Neben den zuvor genannten Branchen haben das Bauwesen, IT-Dienstleistungen und Tourismus in den 2000er Jahren ebenfalls einen Aufschwung in Tatarstan erlebt (S. weitere Informationen unter: <http://www.pwc.ru/en/doingbusiness-in-russia/assets/pwc_invest_tatarstan-eng.pdf>). 2014 und 2015 waren die tatarischen Behörden intensiv bemüht, zumindest einen Restschwung der wirtschaftlich dynamischeren Wachstumsjahre in

Russland beizubehalten, und auf der Ebene der Republik konnten die makroökonomischen Indikatoren stabil gehalten werden. So erscheinen die Wirtschaftsstatistiken fast unreal, insbesondere im Vergleich zu dem russischen Durchschnitt: Die Industrieproduktion stieg um 4 % (während sie in ganz Russland um 3,3 % schrumpfte), die Agrarproduktion stieg um fast 5 % (diesmal im Einklang mit der gesamtrussischen Entwicklung), die Bauwirtschaft konnte sich auf dem Niveau von 2014 halten (Sozialno-ekonomitscheskoje poloshenie respubliki Tatarstan, Jan.–Dez. 2015). Die wichtigste Vorgabe, die die Republikregierung an die regionalen Eliten und insbesondere an jene gerichtet hat, die an den Schaltstellen der Wirtschaft sitzen, war eindeutig die, dem Abwärtstrend der Wirtschaft etwas entgegenzusetzen und die Produktion zumindest auf dem Vorjahresniveau zu halten. Die oben genannten Zahlen zeigen, dass die entsprechenden Ergebnisse auch »geliefert« wurden. Gleichzeitig verweisen die Indikatoren der Realeinkommen, der Löhne und Gehälter sowie den Einzelhandel darauf, dass Tatarstan ein integraler Bestandteil des in wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten steckenden Russlands ist. Der Einzelhandel lag Ende 2015 bei 87 %, was im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 13 % beim Konsum anzeigt, die Realeinkommen lagen bei 93 % (7 % weniger als Ende 2014), die realen Löhne und Gehälter lagen bei 94 % (minus 6 %) und die Inflationsrate betrug rund 13 % (Soz.-ekon. poloshenie... [s.o.], Jan.–Dez. 2015). Die Bevölkerung Tatarstans schnallt offensichtlich den Gürtel enger; ein Blick darauf, wie bestimmte Bereiche der Wirtschaft und spezifische Unternehmen sich an die neue wirtschaftliche Umwelt anpassen, demonstriert deutlich, warum ein solches Den-Gürtel-enger-Schnallen eine sinnvolle Strategie sein könnte. Im Folgenden werde ich mich auf die Strategien der wichtigsten verarbeitenden Produzenten in Tatarstan konzentrieren, sowie auf den Ölsektor, die Petrochemie, die Landwirtschaft, den IT-Bereich, die Bauwirtschaft und den Tourismus.

Verarbeitende Industrie

Die Entwicklung bestimmter Industrien und Unternehmen in Tatarstan liegt weitgehend im landesweiten Trend. Russlands LKW-Markt ist 2015 um 43 % eingebrochen (s. <http://www.business-gazeta.ru/article/304843/?utm_source=search>). KamAZ, der große LKW-Produzent in der Republik, hat wie auch andere russische Kraftfahrzeughersteller einen »perfekten Sturm« zu überstehen und musste im Vergleich zum Vorjahr eine Verachtfachung der Verluste hinnehmen. Der Abwärtstrend bei KamAZ hatte bereits 2013 eingesetzt, und selbst mehrere Milliarden schwere Geldspritzen aus Moskau und Kasan konnten dem Werk

nicht dazu verhelfen, die rasant zurückgehenden Verkaufsabschlüsse zu überstehen. In Marktwirtschaften würde eine solche wirtschaftliche Entwicklung zu massiven Entlassungen führen. Die politischen Implikationen von steigender Arbeitslosigkeit würden jedoch das politische System in Russland bedrohen. Folglich werden Maßnahmen getroffen, um die Menschen nicht auf die Straße zu setzen, sondern im Gegenteil in Beschäftigung zu halten, selbst wenn dabei die tägliche Arbeitszeit reduziert und die Arbeitswoche auf nur drei oder vier Tage gekürzt wird. Diese Politik wird auch vom KamAZ-Management verfolgt. Jüngste Wirtschaftsdaten des Hubschrauberherstellers KVZ zeigen ebenfalls, dass die wirtschaftliche Lage in Tatarstan eng in die von Gesamtrussland eingebunden ist. Russische Experten haben kürzlich eine optimistischere Prognose für Regionen abgegeben, in deren Wirtschaft die Rüstungsbranche einen großen Anteil hat. Von staatlichen Rüstungsaufträgen haben die Gebiete Brjansk, Tula, Wladimir, Uljanowsk sowie die Republik Mari El profitiert (s. <<http://www.novayagazeta.ru/comments/71369.html>>). KVZ ist ebenfalls gut aufgestellt, um von Aufträgen des russischen Verteidigungsministeriums profitieren zu können (im Gegensatz zu KamAZ, das seine militärische Produktpalette zugunsten einer Fortsetzung der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern aufgeben musste). Der Erfolg von KVZ im Jahr 2014 wurde allerdings auf Verträge mit Indien und den USA zurückgeführt (<http://www.business-gazeta.ru/article/302761/?utm_source=search>).

Landwirtschaft

Regionen mit einem großen Agrarsektor haben in den letzten Jahren sowohl von verringerter Konkurrenz durch Agrarprodukte profitiert, die von den Sanktionen betroffen sind, als auch von der neuen Politik Russlands zur Importsubstitution, die mit Mitteln aus dem Föderalen Haushalt gestützt wird. Russland hat seit Langem eine Politik der Agrarförderung verfolgt und die Branche in Föderale Förderprogramme aufgenommen. Die in der Republik angesiedelten Agrarproduzenten haben von den jüngsten Zuschüssen aus dem Föderalen Haushalt profitiert und sich dabei ein Siebtel der Agrarsubventionen in Höhe von neun Milliarden Rubeln gesichert, die Ministerpräsident Dmitrij Medwedew für 2016 bewilligt hat (s. <<http://www.business-gazeta.ru/article/306467/>>). Der größte Teil dieser Subventionen soll in den Bau neuer Milchwirtschaften und Molkereien in der Republik fließen. Ungeachtet der geschwundenen Ressourcen, die von Moskau an die Regionen verteilt werden, ist diese Finanzierungsquelle immer noch sehr wichtig für die Republik. Folglich setzen die Republikregierung und die Wirtschaftsakteure

der Republik viel daran, an allen föderalen Förderprogrammen beteiligt zu werden. Tatarstans Lobby-Strategie für föderale Zuschüsse und andere finanzielle Förderung aus Moskau ist über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg perfektioniert worden und funktioniert auch weiterhin in der Gegenwart.

Öl- und petrochemische Industrie

Die unter Druck stehenden Ölpreise haben zweifellos eine negative Wirkung auf die Wirtschaft der Republik gehabt, die seit langem von der Öl- und petrochemischen Industrie abhängig ist. Gleichzeitig haben diese neuen Bedingungen die Credos der traditionellen Strategie der Republik betont, mit der die Republik eher auf eine Entwicklung von Raffinerien und der petrochemischen Industrie setzt, als sich auf den Export von Rohöl zu stützen. Im Rahmen dieser Strategie und zum Schutz von »Tatneft«, dem Ölproduzenten der Republik, wurden Raffinerie- und petrochemische Anlagen in dessen Portfolio aufgenommen; die Republikregierung verfolgt dabei auch die Strategie, die staatlichen Anteile an »Nishnekamskneftechim« (24,99 %) und »Taneko« (9 %) zu privatisieren. Am 17. März 2016 verkündete »Tatneft«, dass es vom Staat Anteile an Taneko und Nishnekamskneftechim erworben hat und nun exklusiver Eigner der Taneko-Raffinerie und mit fast einem Viertel der Aktien ein wichtiger Anteilseigner des petrochemischen Komplexes auf der Basis von Nishnekamskneftechim ist. Neben diesen Änderungen auf der Unternehmensebene hat Tatneft versucht, Lösungen für eine energieeffizientere Produktion zu finden und aus Ersparnisgründen einige ausländische Zulieferer durch preisgünstigere einheimische zu ersetzen (s. <<http://rg.ru/2016/03/30/reg-pfo/tatneft-uluchshaet-tehnologiiu-ekonomii-resursov.html>>). Zur Kompensierung der niedrigen Preise war das Unternehmen darüber hinaus bemüht, die Produktionsmenge zu erhöhen (s. <<http://realnoevremya.ru/analytics/26900>>).

Bauindustrie, Tourismus und IT-Branchen

Der Bausektor ist von der Wirtschaftskrise in Russland sehr stark getroffen worden. Sie ist 2015 um 8 % geschrumpft. Viele Bauunternehmen in Tatarstan standen vor dem Problem einer schrumpfenden Nachfrage auf dem Immobilienmarkt und zunehmender finanzieller Schwierigkeiten, die wiederum in Bauruinen und vielen frustrierten Einzelinvestoren resultierten, die nicht bekamen, was sie erwarteten (russ.: »obmanutyje dolschtschiki«). Die Regierung der Republik musste sich einschalten und versuchen, diese Probleme Fall für Fall mit administrativen Mitteln zu lösen (s. <http://www.business-gazeta.ru/article/303211/?utm_source=search>). Insgesamt war der Bausektor in Tatarstan in

der Lage, ein ähnliches Produktionsniveau wie im Vorjahr zu erreichen und veranschaulicht dabei, so ließe sich sagen, die Wirkung einer zentralisierten und sehr zielgerichteten Verwaltung durch eine Regierung, die sich in der Pflicht sieht, die bisherigen Produktionszahlen aufrecht zu erhalten. Die Lobbyarbeit der Republik in Moskau war auch für den Bausektor von grundlegender Bedeutung. Die engen wirtschaftlichen Beziehungen Tatarstans zur Türkei und insbesondere das türkische Engagement im Bausektor sind von den Ende 2015 verabschiedeten russischen Sanktionen gegen türkische Unternehmen schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Republikregierung hat sehr viel daran gesetzt, diese Unternehmen auf eine »weiße Liste« von Firmen zu bekommen, die von den Sanktionen ausgenommen werden (s. <<http://www.tatar-inform.ru/news/2015/12/24/485225/>>). Die Strategie, die Hauptstadt Kasan als einen Ort für internationale Großereignisse und Sportveranstaltungen zu positionieren, bleibt von hoher Bedeutung für die Republik. Das Jahr 2015 war in dieser Hinsicht keine Ausnahme und setzte die Tradition fort, die 2013 durch die Universiade in Kasan begonnen wurde. Im Sommer 2015 fanden in Kasan die 16. Schwimmweltmeisterschaften statt, die 120.000 Touristen in die Region lockten. Aufgrund dieser Erfolge konnte Kasan eine Ausschreibung zur Ausrichtung der »WorldSkills« für sich entscheiden, die 2019 in Russland stattfinden werden. Die Republikregierung verfolgt sehr ambitionierte Pläne zur Entwicklung der Tourismusindustrie sowie zur Positionierung Tatarstans als Region, die nicht nur modern, wirtschaftlich entwickelt und investorenfreundlich, sondern auch kulturell und historisch einzigartig ist und Sehenswürdigkeiten von Weltrang wie Swijashsk, Bolgar oder den Kreml in Kasan als touristische Ziele zu bieten hat.

Schließlich hat die Republikregierung große Anstrengungen unternommen, um den Hightech-Sektor voranzubringen, insbesondere durch Investitionen in den Aufbau des neuen IT-Zentrums »Innopolis«, der tatarischen Variante des Skolkowo-Projektes, mit einer neuen Universität, einem Medizinstadium, einer Schule und anderen Infrastrukturobjekten, und mit bislang 15 Unternehmen, die in der Sonderwirtschaftszone von Innopolis ihren Sitz haben (s. <<http://tatarstan.ru/eng/>

[index.htm/news/558846.htm](http://www.tatarstan.ru/eng/index.htm/news/558846.htm)>). Die weitere Entwicklung dieses Projektes ist angesichts des wirtschaftlichen Umfeldes in Russland zugegebenermaßen höchst ungewiss. Einige IT-Unternehmen in der Republik geben allerdings Grund zum Optimismus. Eine in Tatarstan ansässige Unternehmensgruppe namens ICL, die sich auf IT-Produkte und -Dienstleistungen spezialisiert hat, konnte 2015 insgesamt ein Wachstum vorweisen konnte, auch wenn dieses ungleichmäßig ausfiel. Die Produktionssparte des Unternehmens hat ihre Operationen um 30% reduziert, vor allem wegen wegbrechender Staatsaufträge im Zusammenhang mit Laptop- und iPad-Anschaffungen für den öffentlichen Sektor. Folglich wurde an einem der Industriestandorte, an dem früher in drei Schichten gearbeitet wurde, zu einem Arbeitstag mit einer Schicht übergegangen. Andererseits hat die Exportsparte um 50% zugelegt, was die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und die Nachfrage im Ausland belegt (s. <<http://www.business-gazeta.ru/article/297778/>>).

Fazit

Das größere Bild, das sich aus einem Überblick über die wirtschaftliche und politische Entwicklung Tatarstans ergibt, ist aufschlussreich. Die negative Entwicklung der sozialen Indikatoren in der Republik zeigt, dass Tatarstan trotz aller Anstrengungen zur Abfederung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die aufgrund einer Kombination von sinkenden Ölpreisen und ausländischen Sanktionen entstand, erheblich von einem wirtschaftlichen Abschwung betroffen ist.

Dennoch hat sich die Republik besser gehalten als viele andere Regionen Russlands, was die Bedeutung einer starken Führung, einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur und guter Beziehungen zu Moskau unterstreicht, die sich in erfolgreicher Lobbytätigkeit für die Interessen der Republik widerspiegelt. Wichtig ist auch, dass die Stabilität des politischen Systems in Tatarstan nicht gelitten hat, was zum Teil auf die Maßnahmen der Republikregierung zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungen der vergangenen Jahre zurückzuführen ist; schon dies ist eine wertvolle Lehre für die föderalen Eliten.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

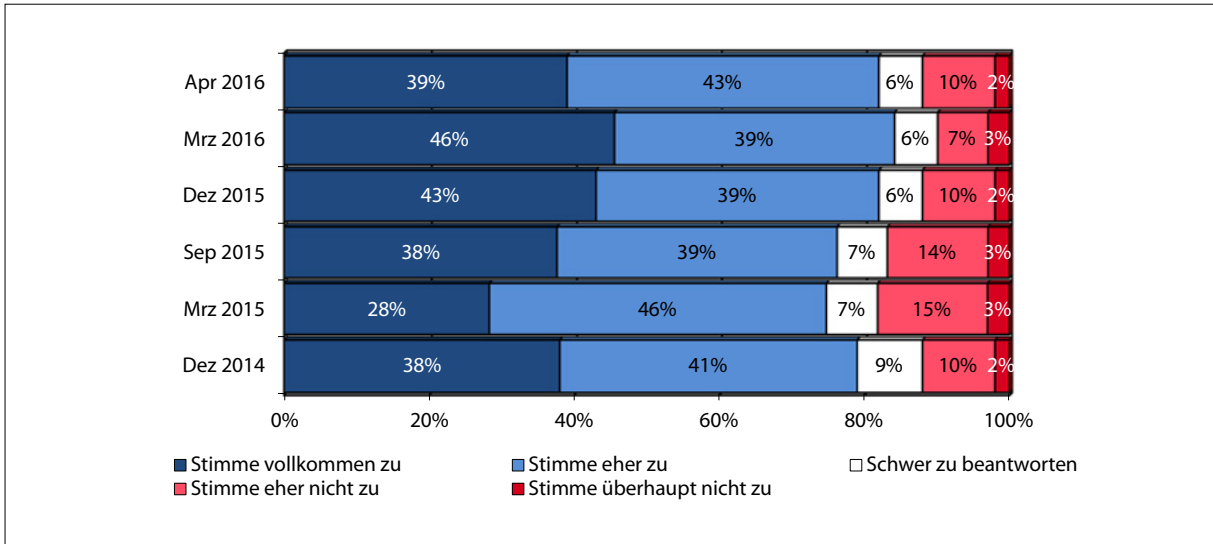
Gulnaz Sharafutdinova ist als Senior Lecturer am King's Russia Institute (King's College London) tätig.

Der vorliegende Text ist eine leicht angepasste Übersetzung von »Coping with Economic Crisis in Russia's Regions: the Case of Tatarstan« in *Russian Analytical Digest* 182, 20. April 2016, s. 7–9.

UMFRAGE

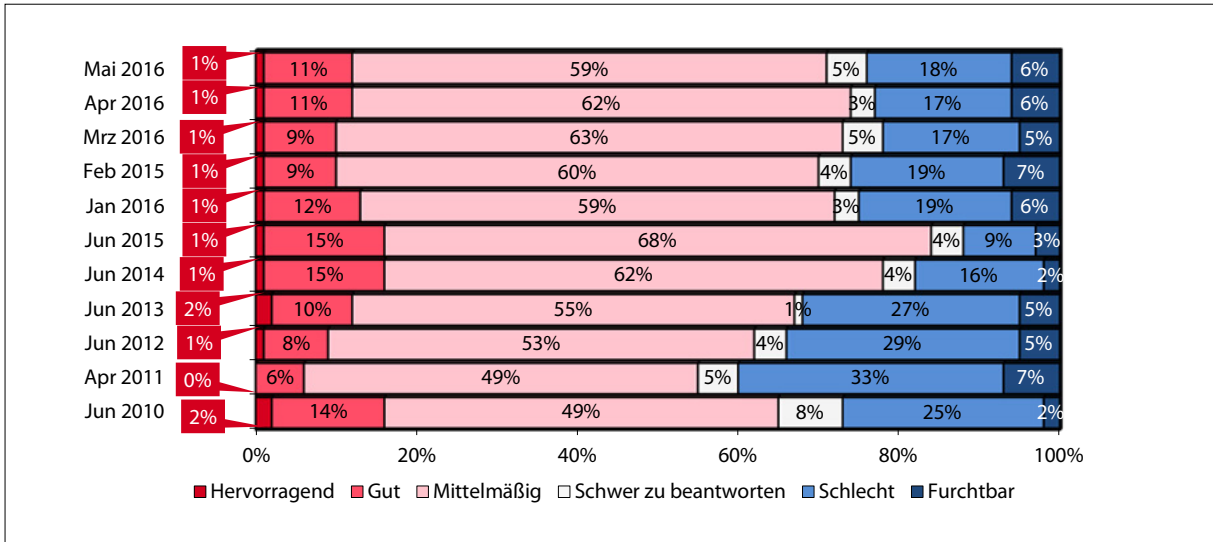
Die Wirtschaftskrise in der Wahrnehmung der Bevölkerung

Grafik 4: Finden Sie, dass in Russland derzeit eine Wirtschaftskrise herrscht oder nicht?



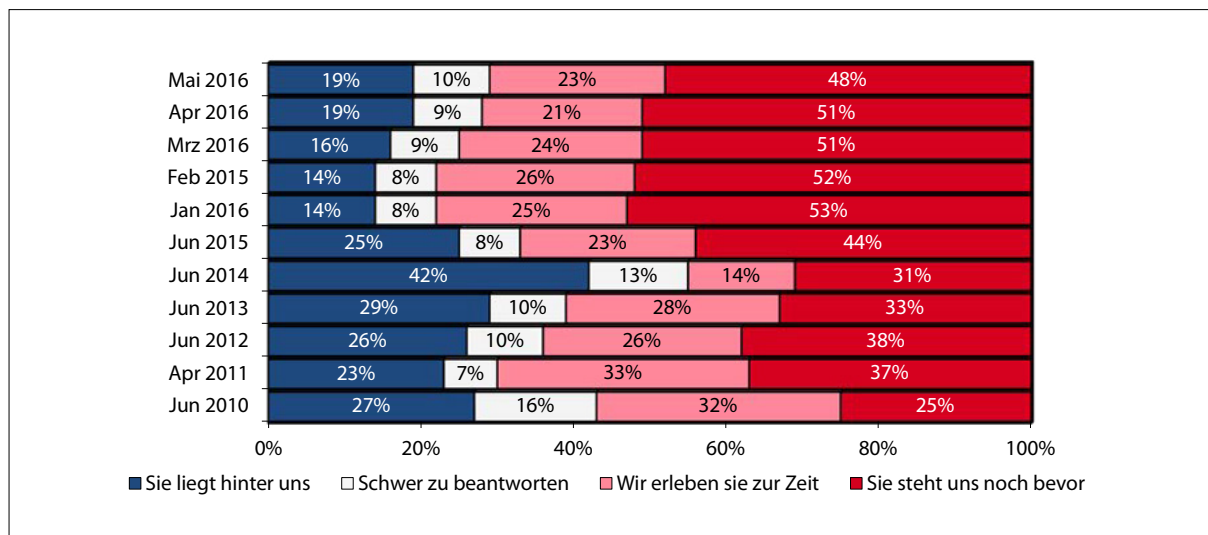
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. April 2016, <<http://www.levada.ru/2016/05/23/ekonomicheskij-krisis-2/>>, 24. Mai 2016

Grafik 5: Wie schätzen Sie insgesamt die derzeitige Situation im Land ein?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 28.–29. Mai 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115718>>, 6. Juni 2016

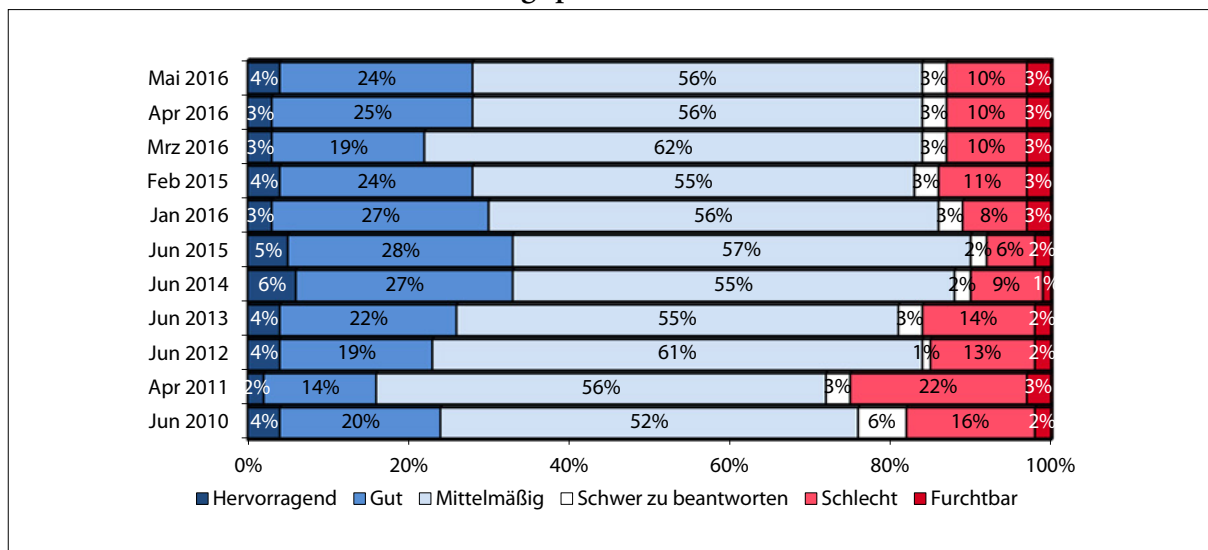
Grafik 6: Was denken Sie, erleben wir derzeit die schwerste Phase der Krise, liegt diese schon hinter uns oder steht sie uns noch bevor?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 28.–29. Mai 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115718>>, 6. Juni 2016

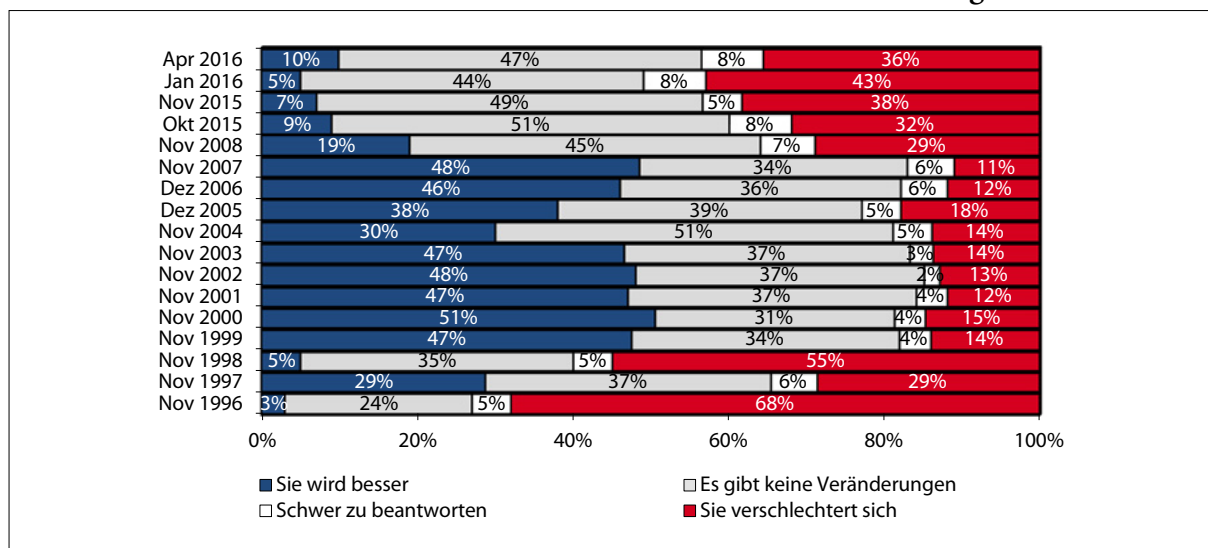
Die Wahrnehmung der persönlichen Situation und soziale Ängste

Grafik 7: Wie schätzen Sie Ihre derzeitige persönliche Situation ein?



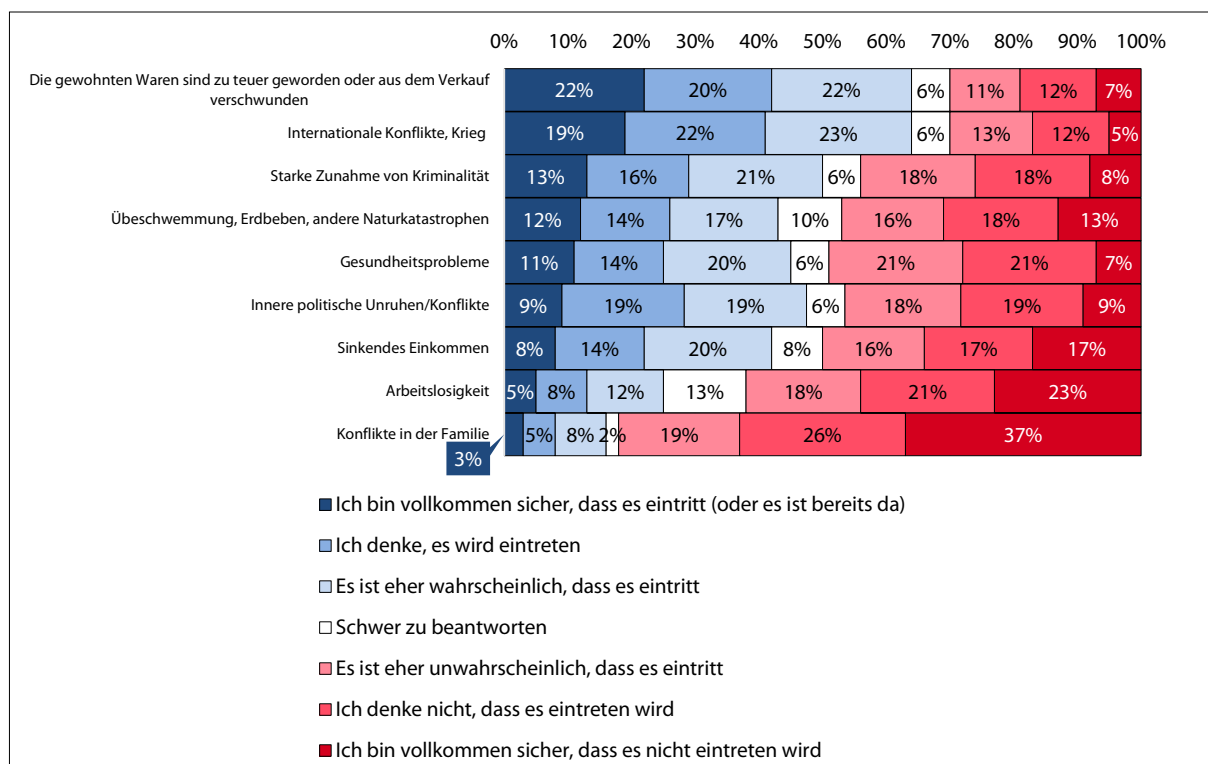
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 28.–29. Mai 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115718>>, 6. Juni 2016

Grafik 8: Wie schätzen Sie die Situation bezüglich der Gehaltszahlungen, der Rentenzahlungen, der Stipendien, der Sozialleistungen in Ihrer Stadt ein: Entwickeln Sie sich zum Besseren, zum Schlechteren oder bemerken sie keine Veränderungen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. April 2016, <<http://www.levada.ru/2016/05/23/ekonomicheskij-krizis-2/>>, 24. Mai 2016

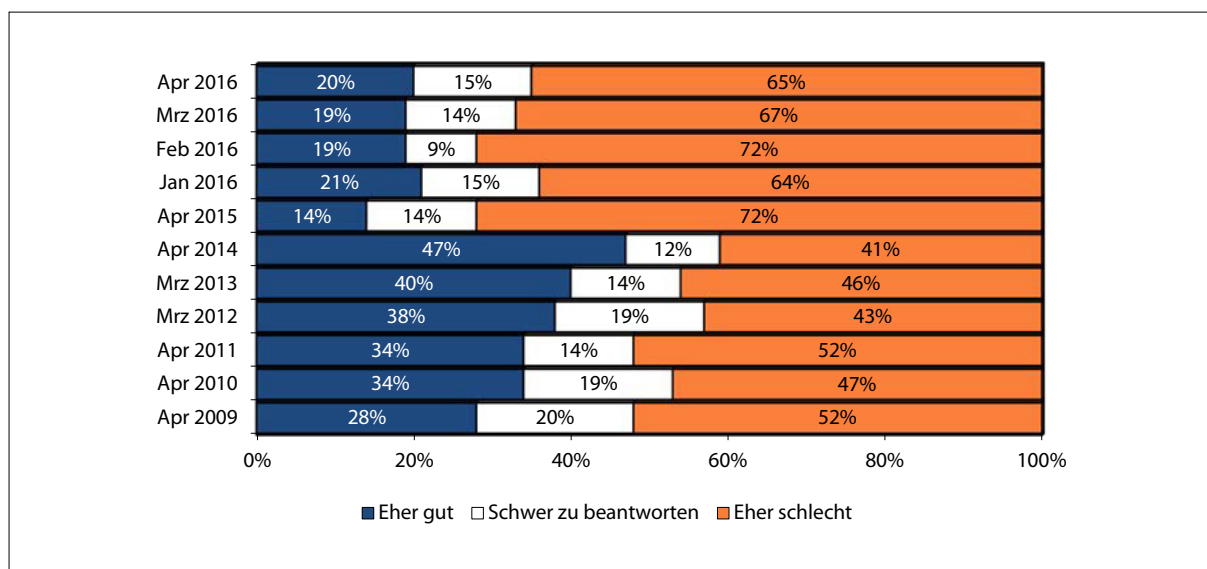
Grafik 9: Wie schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass folgende Probleme in Ihrem Leben eintreten werden?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 23.–24. April 2016, <<http://wziom.ru/index.php?id=236&uid=115690>>, 17. Mai 2016

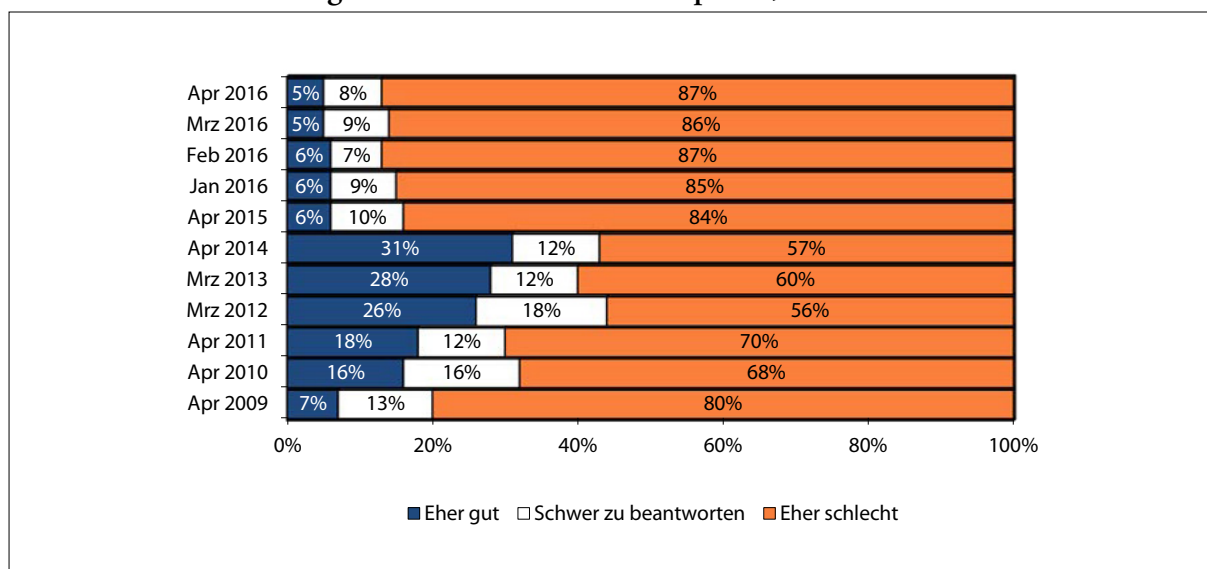
Verbraucherverhalten

Grafik 10: Ist derzeit ein guter oder ein schlechter Zeitpunkt, um große Anschaffungen zu machen?



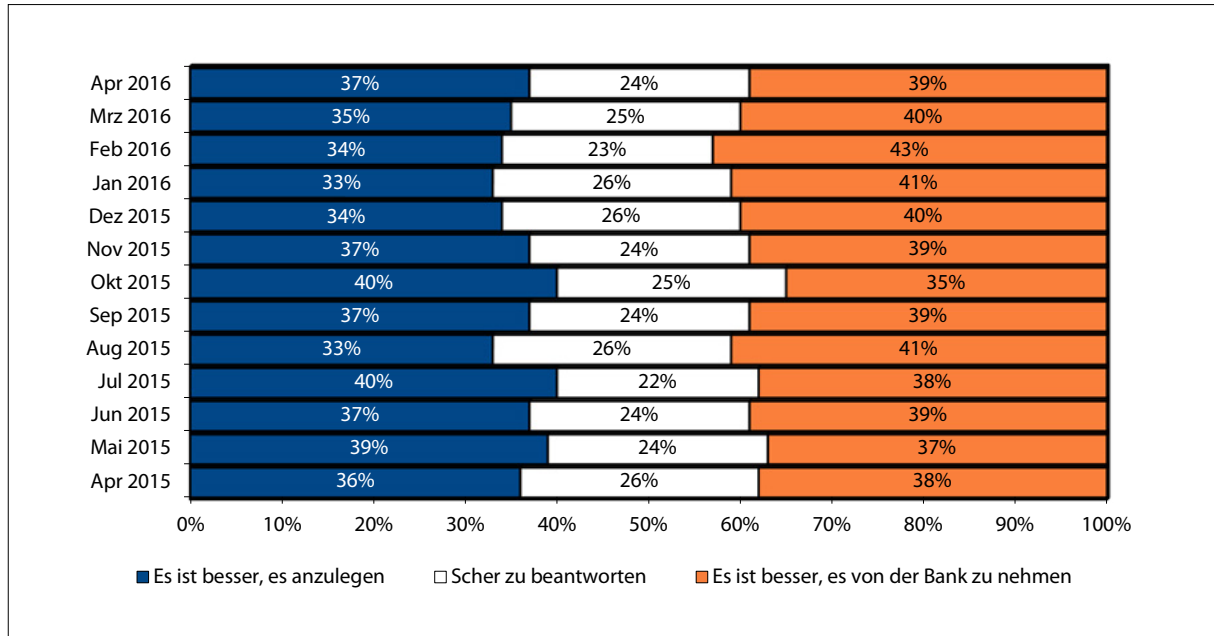
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 23.–24. April 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115691>>, 23. Mai 2016

Grafik 11: Ist derzeit ein guter oder ein schlechter Zeitpunkt, um einen Kredit aufzunehmen?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 23.–24. April 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115691>>, 23. Mai 2016

Grafik 12: Ist es derzeit besser, Geld bei der Bank anzulegen oder besser das Geld von der Bank zu nehmen?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 23.–24. April 2016, <<http://wziom.ru/index.php?id=236&cuid=115691>>, 23. Mai 2016

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Pskow. Die ärmste Region Russlands

Sergey Medvedev, Berlin / Moskau

Pskow – eine der ältesten Städte in Russland – liegt südwestlich von St. Petersburg an der Grenze zu den EU-Staaten Estland und Lettland. Laut der Rangliste der Nachrichtenagentur RIA ist das Gebiet Pskow dem Familieneinkommen nach die ärmste Region in Russland. Ähnliches zeigen auch die offiziellen Statistiken des regionalen BIP. In der Region gibt es weder Großbetriebe, noch nennenswerte Unternehmen, von staatlichen Einrichtungen abgesehen. Die westrussische Provinz lebt vor allem von den Transferzahlungen und Zuschüssen aus dem föderalen Haushalt. Die Region ist mit knapp 650.000 Einwohnern eine der schwach bevölkerten Gebiete im europäischen Teil Russlands. Viele junge Menschen sehen in Pskow keine Zukunft und ziehen in die Großstädte, vor allem nach St. Petersburg und Moskau. Gebietsoberhaupt ist seit 2009 Alexander Turtschak, einst der jüngste Gouverneur Russlands. Bekannt ist dieser nicht zuletzt wegen der Freundschaft seines Vaters mit Wladimir Putin, die gemeinsam Judo betrieben. Die Zeitschrift und Blogger-Plattform »Snob« befragte fünf Einwohner der Region über die soziale Situation, die Wirtschaftslage und ob das Leben in den letzten Jahren wegen der Wirtschaftskrise schlechter geworden sei.

»Nach allen Zahlungen bleiben uns, einer vierköpfigen Familie, 5.000 Rubel!«

Natalia Michajlowa, Hausfrau aus Pskow:

»In meiner Familie gibt es vier Personen: ich, mein Mann und unsere beiden Söhne, 5 und 8 Jahre alt. Nur mein Mann arbeitet; das Gehalt beträgt 25.000 pro Monat [ca. 340 Euro]. Davon gehen 14.000 für den Autokredit und

1 ca. 68 Euro

rund 6.000 für die Nebenkosten der Wohnung drauf. Was übrigbleibt, haben wir zum Leben. Ob dieses Geld reicht oder nicht, ist eine abstrakte Frage. Als ich die Kinder bekam, bin ich in den Mutterschaftsurlaub gegangen. Danach habe ich meinen Kindern gesagt, dass ich wieder arbeiten möchte. Aber mein Sohn hat mir gesagt: »Warum denn? Wir haben doch alles!«

Mein Mann und ich beschweren uns nicht, haben gelernt, so zu leben. Die Wohnung haben wir mit Hilfe des [öffentlichen] Programms »Junge Familie« und des Mutterschaftszuschusses gekauft. Kleidung für die ganze Familie bekommen wir aus einer Kirche. Unsere Eltern haben ein Grundstück. Das ist die Quelle für ökologisch sauberes Obst und Gemüse. Die Nachbarn haben Kühe und Hühner – dort können wir natürliche Eier und Milchprodukte sehr hoher Qualität günstig kaufen, wo doch beispielsweise in St. Petersburg ein Kilo Bauernquark 700 Rubel [ca. 9,60 Euro] kostet.

Wir können uns Urlaub leisten: Im letzten Jahr bin ich mit einer Freundin und den Kindern nach Abchasien gefahren. Wir haben ein Zimmerchen am Meer für 500 Rubel [ca. 6,80 Euro] pro Nacht gemietet. Dort habe ich mit der Freundin und den fünf Kindern gelebt. Für das Essen haben wir pro Familie 25 Rubel [35 Cent] am Tag ausgegeben. Wir nahmen eine Packung Haferflocken, Graupen und aßen gut und günstig. Wir haben uns gut erholt. Die Leute, die daran gewöhnt sind, anders zu leben, würden das vielleicht schrecklich finden; für uns ist es aber normal. Wir haben so einen Monat lang Urlaub gemacht.

Der größte Anteil der Ausgaben entfällt auf Kurse für die Kinder. Der Ältere hat viele Interessen: Schach, Sport, Musikschule. Wir suchen nach kostenlosen Kursen; die gibt es aber wenig. Unsere Kinder bekommen ihre Bildung zu Hause, nicht der Sparsamkeit halber. Wir wollen, dass sie sich frei entwickeln. Für diejenigen, die viel sparen müssen, wäre häusliche Bildung auch eine gute Lösung.

In den letzten zwei Jahren ist unser Leben nicht schlechter geworden. Als ich noch gearbeitet habe, war es natürlich einfacher. Ich möchte ein drittes Kind haben, mein Mann ist nicht sicher, dass wir uns das finanziell leisten können. Vor kurzem sind die Sandalen unseres Jüngsten kaputtgegangen. Neue können wir uns im Moment nicht leisten. Es ist jetzt aber warm geworden, man kann draußen auch Barfuß laufen. Mein jüngerer Sohn ist oft sauer auf mich, wenn ich ihm irgendein neues Spielzeug nicht kaufen kann, und ich kann mich nicht erinnern, wann ich das letzte Mal beim Friseur war... All das hört sich wahrscheinlich komisch an. Aber so leben wir und es ist zur Normalität geworden. Unter meinen Bekannten gibt es auch niemanden, der in finanzielle Depression gerät.

Nun die Omas, die auf der Straße betteln müssen, tun einem leid. Für die Kinder, die nicht mal die teuerste medizinische Behandlung brauchen, und deren Familien trotzdem kein Geld dafür haben, ist es schrecklich. Dabei wird viel Geld z. B. für große Feiern und grandiose Feuerwerke am Tag des Sieges ausgegeben. Die Wirtschaft steckt in der Krise, das spürt man. Aber nicht, weil das im Fernsehen gesagt wird, sondern weil die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, Rentner nur mickrige Renten bekommen, die Preise für Lebensmittel und Medikamenten spürbar angestiegen sind. Vielleicht sollte man öffentliche Gelder nicht für Feiern, sondern für die Bedürftigen ausgeben?«

Die Stadtverwaltung stellt einem behindertem Kind keine Unterkunft zur Verfügung, weil es sowieso bald stirbt

Tatjana Filippowa, Putzfrau, Welikije Luki:

»Ich wohne mit meiner Tochter und meinen Enkeln zusammen – es sind zwei. Ich arbeite als Putzfrau. Meine Tochter ist 25 Jahre alt, der jüngste Enkel ist vier, die älteste, Polina, ist sechs. Meine Tochter arbeitet nicht und kümmert sich um Polina zu Hause. Sie wurde mit einem Wasserkopf geboren. Als sie 8 Monate alt war, wurde bei ihr ein Geschwür in der Nebenniere diagnostiziert. Eine Nebenniere wurde schon herausoperiert. Es gab dann aber Metastasen im Knochenmark.

Meine Tochter lebt von der Sozialhilfe für die Enkelin. Ich verdiene 9 Tausend Rubel [120 Euro]; die Sozialhilfe für Polina beträgt 19 Tausend Rubel [260 Euro], da ist die Förderung für die Pflege eines Kindes mit Behinderungen durch die Mutter schon drin. Von dieser Rente bezahlt meine Tochter die Mietwohnung und den Kindergarten für den jüngeren Enkel. Polina hat als Kind mit Behinderung eigentlich Anspruch auf eine Eigentumswohnung. In unserer Verwaltung weiß man über die Krankheit Bescheid und man zögert die Entscheidung heraus: Sie wissen, dass Polina nicht lange leben könnte, deswegen finden sie ständig Ausreden. Selbst die Ärzte meinen, dass sie am Rande des Grabs steht. Wir kämpfen aber schon seit sechs Jahren, obwohl man Polina schon in der Entbindungsklinik »beerdigt« hat. [...]

Wir haben ein Grundstück bekommen, wurden aber wie automatisch von der Warteliste für eine Wohnung gestrichen. Innerhalb von drei Jahren muss auf dem Grundstück zumindest ein Fundament gelegt werden. Wir haben den Mutterschaftsgutschein. Aber für 450.000 Rubel [6.150 Euro] können wir nichts bauen. Wenn wir in drei Jahren das Fundament nicht bauen, wird uns das Grundstück wieder abgenommen.

Nur die Filiale in Welikije Luki einer Stiftung aus St. Petersburg hilft uns: Einmal pro Jahr erhalten wir 10–15.000 Tausend Rubel. Wir geben aber monatlich 7.000 Rubel für die Pflege von Polina aus. Uns unterstützen noch gewöhnliche Leute über eine Gruppe im sozialen Netzwerk »V Kontakte«. Wir kämpfen. Wir haben uns an diese Situation gewöhnt. Was können wir sonst noch machen?

»Das Leben in Pskow ist nicht so schlimm wie es die Rangliste aussagt«

Valentin, Korschikow aus Pskow:

»Wir sind in der Familie zu dritt: ich, meine Frau und unser vierjähriges Kind. Meine Frau unterrichtet Fremdsprachen in einem Gymnasium, ich unterrichte Informatik. Nebenberuflich verdiene ich mir etwas in dem Bereich dazu, helfe bei Webseiten.

Als wir gerade die Familie gegründet haben, wollten wir das Programm zur Unterstützung junger Familien nutzen: In unserer Region macht der Gutschein für einen Wohnungskauf 700.000 Rubel aus [ca. 9.600 Euro]. Wir hatten aber keine Möglichkeit, auf die Warteliste zu kommen. Um an dem Programm teilzunehmen, muss zunächst das Einkommen durch die Familienmitglieder geteilt werden; und pro Person muss das dann niedriger als das Mindesteinkommen sein. Unsere Gehälter waren relativ hoch.

Ehrlich gesagt, hat mich die Wohlstands-Rangliste gewundert. Ich finde nicht, dass sich die Situation in den letzten Jahren verschlechtert hat. Niemand aus unserer Umgebung hat eine »finanzielle Depression«. Unsere Familie hat die Möglichkeit, nach Ägypten in Urlaub zu fahren, den Führerschein zu machen und ein Auto zu kaufen. Im Moment macht die Abzahlung der Kredite den Großteil der Ausgaben aus: rund 16.000 Rubel [220 Euro] im Monat. Die Betriebskosten betragen ca. 3.500 Rubel [50 Euro]. Nach der Rangliste sieht es so aus, als ob für Familien mit Kindern nach allen anderen Ausgaben rund 500 Rubel [7 Euro] übrig blieben. Ich bin sehr erstaunt, wie sowas möglich ist. In unserer Familie bleiben in der Regel monatlich 15.000 Rubel [210 Euro] übrig.

Außerdem sieht Pskow in den letzten Jahren besser aus. In der Region gibt es viele Militärs. Ich arbeite in einer staatlichen Einrichtung und sehe deutlich, dass es am Geld mangelt. Für die Armee aber hat das Land Geld. Die Gehälter der Militärs sind ordentlich. Klar, dass sie alle auch auf Krediten sitzen. Aber ich denke, so schlimm wie in der Rangliste ist es jedenfalls nicht.«

»In Pskow ist alles OK. Aber auf dem Land ist es schwierig, was zu verdienen, wenn man nicht schmuggelt«

Jurij Strekalowskij, Sozialpädagoge, Fremdenführer aus Pskow:

»Trotz der allgemeinen Lage im Land und in der Region ist das Leben für meine Familie und auch in unserem Bekanntenkreis in den letzten Jahren nicht schlechter geworden. Meine Familie besteht aus drei Personen. Ich habe noch Kinder aus erster Ehe sowie Eltern, denen wir versuchen zu helfen. Die Eltern meiner Frau brauchen keine Unterstützung und helfen manchmal auch uns. Die Tochter trägt z. B. fast nur die Sachen, die uns Oma aus Deutschland schickt.

Ich habe mehrere Jobs: in der Rehaklinik »Rutschej« [dt.: »Quelle«] für Alkohol- und Drogensüchtige. Dann gebe ich noch Musikstunden. Darüber hinaus bin ich von Beruf Kulturhistoriker und mache Führungen. Meine Frau arbeitet im Theater. Sie verdient aber nur sehr wenig. Unser Gesamteinkommen beträgt rund 60.000 Rubel [820 Euro]. Das ist viel für Pskow. Laut »Rosstat« beträgt der Durchschnittslohn bei uns 14.000 Rubel. Mit unserem Einkommen konnten wir etwas ansparen. Jetzt haben wir aber eine ziemlich große Anschaffung gemacht und müssen nun die Schulden abbezahlen: rund 30.000 im Monat.

Wir wohnen in einer kleinen Wohnung im Stadtzentrum und ich habe das Gefühl, dass sich die Lebensqualität in Pskow in den letzten drei Jahren sogar verbessert hat: Es gab ernsthafte Programme zur Sanierung des städtischen Raumes. Hier kann man komfortabel wohnen, spazieren gehen; hier gibt es tolle Parkanlagen, gepflegte Flächen, Cafés.

Wir sind in einer besonderen Lage, in Grenznähe: Es ist das einzige Föderationssubjekt, das an drei Staaten grenzt: Estland, Lettland und Belarus. Früher sind wir regelmäßig in das nächste Ausland gefahren, um was zu kaufen oder zu erleben. In diesem Sommer fahren wir auf ein Festival nach Estland. Die Tickets kosten rund 70 Euro. Jetzt fängt man langsam an, auf sowas zu achten und das Geld genauer zu zählen. Und an der Grenze wird man nun die ganze Zeit nach sanktionierten Lebensmitteln gefragt.

Ich reise beruflich ziemlich oft in Russland herum. Wenn man die Grenze zwischen den Gebieten Pskow und Nowgorod passiert, merkt man keinen Unterschied. Die allgemeine Depression ist für die meisten Regionen der emotionale Hintergrund der letzten 25 Jahre. Wie das alles 1991 begonnen hat, wie sich seitdem in der Provinz nicht besonders viel geändert hat und niemand die »fetten Jahre« und die »Jahre des Überflusses« gemerkt hat. Aber diese große

Kluft wie auf der Rangliste sehe ich nicht. Viele meine Bekannten meckern wegen ihres Lebens, können sich aber dabei sowohl ein Auto leisten, als auch eine Wohnung kaufen und dann noch im Ausland Urlaub machen.

Obwohl es in Pskow nicht so schlimm aussieht, steht die Region selbst nicht so günstig da. Das ist das erste der altrussischen Gebiete, wo schon in den 1960er Jahren ein »Aussterben« begann und die Sterblichkeit über der Geburtenrate lag. Rohstoffe oder Großindustrie gibt es hier nicht. Die Grenzlage »ernährt« einen kaum, wenn man nicht an der Grenze arbeitet und keine kleinen Schmuggelgeschäfte macht.«

»Jeder fünfte Bewohner des Gebiets lebt unterhalb der Armutsgrenze«

Lew Schlosberg, Leiter der regionalen Parteiorganisation von »Jabloko«, Pskow:

»Auch auf der Rangliste vom letzten Jahr war Pskow auf dem letzten Platz. Nur, dass damals 83 Regionen gezählt wurden, ohne die Krim und Sewastopol. Im Laufe des Jahres 2015 hat die Zahl der Menschen, die unterhalb des Existenzminimums leben, fast 20 Prozent erreicht; das ist jeder fünfte Einwohner des Gebiets Pskow bzw. 126.900 Personen. Die Durchschnittsrente beträgt 11.432 Rubel [155 Euro], das ist nur 38% mehr als das Existenzminimum. Der Durchschnittslohn liegt bei 21.455 Rubel [290 Euro].

Dem Finanzministerium zufolge liegt das Gebiet Pskow unter den Regionen des Nordwestens nach dem Anteil der öffentlichen Ausgaben pro Person auf dem letzten, dem elften Platz. Im Jahr werden 44.680 Rubel [610 Euro] pro Person für alle staatlichen und kommunalen Dienstleistungen angesetzt. Davon waren 10.480 Rubel [143 Euro] für Bildung, 1.290 Rubel [17 Euro] für Kultur, 3.350 Rubel [45 Euro] für Wohnungsinfrastruktur, 39 Rubel [50 Cent] für den Umweltschutz.

Das heißt, die allgemeine Lage des Gebiets Pskow ist ein fast völliges Fehlen von Wirtschaft. Unsere wichtigste Quelle für Finanzen ist der Staatshaushalt. Das Besondere an Andrej Turtschak als Gouverneur ist, dass er, als er ins Gebiet Pskow kam, über seine Leute einen ganzen Schwarm Unternehmen aus St. Petersburg mitbrachte, die dann bei staatlichen Ausschreibungen triumphierten: für den Straßenbau, die Erschließung von Grundstücken für den Wohnungsbau und für die Infrastruktur der Sonderwirtschaftszone Moglino (wo mehr als 3,5 Milliarden Rubel [480 Millionen Euro] öffentlicher Gelder »in den Sand gesetzt« und nur 4 Arbeitsplätze geschaffen wurden).

Die Eigeneinnahmen des Gebiets Pskow betragen 14 Milliarden [1,9 Milliarden Euro], alle Zuschüsse und Subventionen aus dem Staatsetat machen 9 Milliarden Rubel [1,23 Milliarden Euro] aus. Die Staatsschulden des Gebiets Pskow sind so groß wie die Einnahmen: 14 Milliarden. 45 Prozent der Haushaltseinnahmen des Gebiets Pskow entfallen auf die Einkommenssteuer der Einwohner, die mehrheitlich beim Staat arbeiten. Das ist ein künstlicher Geldkreislauf: man bekommt Gehalt, zahlt Einkommenssteuer und von der werden diese Gehälter bestritten.

Wenn Regionen wie das Gebiet Pskow, das an zwei europäische Staaten grenzt, dem Wohlstand der Familien nach auf den letzten Platz gelangt, bedeutet das, dass sich niemand mit der Regionalentwicklung beschäftigt. Wenn der Gouverneur ein Auswärtiger ist, wenn er sich hier auf »Dienstreise« befindet, dann hat er kein Interesse am morgigen Tag – er wird hier nicht leben und den Einwohnern in die Augen schauen müssen. Die zweite Amtszeit wird zu Ende gehen, ein drittes Mal darf er nicht antreten, also wird er nach St. Petersburg oder Moskau gehen und alles wie einen Albtraum vergessen. Das ist die Psychologie eines Günstlings [des Herrschers], der politische Aufgaben umsetzt: das Wahlergebnis bei der Präsidentschaftswahl, das Wahlergebnis für »Einiges Russland«, damit zwei Drittel der Abgeordnetenstimmen des Regionalparlaments von »Einiges Russland« kommen. Die Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung ist für ihn nicht so wichtig, weil es, wenn man heute beginnt, erst in zehn Jahren Ergebnisse geben wird.

Die wichtigste Eigenschaft der menschlichen Psychologie ist die Gewöhnung. Viele haben sich schon daran gewöhnt. Diejenigen, die es nicht ertragen wollen und die Lage nicht ändern können, ziehen weg.«

Veröffentlicht am 3. Juni 2016 von Anna Karpowa und Julia Panjuschina auf »Snob.ru«; <<https://snob.ru/selected/entry/109259?v=1465646516>>.

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

‘68 in Ost und West

Jens Siegert, Moskau

In einem unlängst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienenen Interview erläutern der Bulgare Iwan Krastew, einer der Stars der Russland- und Osteuropaerklärer, und der Österreicher Oliver Jens Schmitt, Professor für südosteuropäische Geschichte an der Universität Wien, woher ihrer Meinung nach die zunehmenden Spannungen zwischen dem (alten) Westen und dem (alten) Osten in der EU kämen. Iwan Krastew macht als Scheidepunkt das Symboljahr 1968 aus. Als Beispiel führt er das geteilte Deutschland an: »Westdeutsche wurden 1968 kosmopolistischer, Ostdeutsche durch ihr 1968 misstrauischer« (<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/iwan-krastew-und-oliver-jens-schmitt-zu-osteuropa-14250809.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2>).

Die unterschiedlichen Erfahrungen mit '68 (auf die ich weiter unten eingehen werde) seien später, als man sich hätte besser vergleichen können, durch die Zeitenwende 1989/1990 verdeckt worden, kämen nun aber wieder zum Vorschein. Nach 1989 sei der Westen mit all seinen »Vorstellungen« das Maß aller Dinge in Osteuropa gewesen. Dort habe 1989 ein »Zeitalter der Imitation« begonnen: »Es wurde erwartet, dass sich der Wandel in den osteuropäischen Gesellschaften durch eine Imitation von Institutionen, Gewohnheiten, Handlungsweisen und Werten des Westens vollziehe.« Anfangs sei das auch weitgehend unumstritten gewesen. Aber jede Imitation sei eine »asymmetrische Beziehung«. Was erfolgreich war oder nicht, bestimmten die Westeuropäer (und natürlich auch die USA).

Nach 25 Jahren, so Krastew, gebe es nun eine neue Generation in Osteuropa, »die gern zeigt, dass sie anders ist und dieses Anderssein als Wert betrachtet«. Sofort fällt einem Ungarn, aber auch und vor allem Russland ein. Krastew verwehrt sich aber dagegen, dass dieses neue Selbstbewusstsein (im Wortsinne!) eine Reaktion von (Transformations-)Verlierern sei. Das gelte auch für diejenigen, die erfolgreich waren, wie die Polen. Die Polen sähen sich nicht mehr deshalb als Europäer, »weil sie den Westen imitieren, sondern, weil sie für etwas stehen, was sie für die wahren europäischen Werte halten.« Werte, so muss angefügt werden, die das »gottlose« Europa angeblich aufgegeben hat. Darum übrigens, so Krastew weiter, sei »Putin dieses Schwulenthema so wichtig. Russland greift die EU heute mit Argumenten an, die der Westen in den zwanziger Jahren in ähnlicher Weise gegen die Sowjetunion anführte: Sie sind gottlos und für die freie Liebe.«

(Fast) alles, was Krastew und Schmitt in dem Interview über die neuen EU-Mitgliedsländer, die im Kal-

ten Krieg zum Sowjetimperium (oder in ihren Worten zum »Osten Europas«) gehört haben, sagen, stimmt auch für Russland. 1989–1990 fand in Osteuropa und nicht zuletzt auch in der Sowjetunion eine Selbstbefreiung statt, mit dem eindeutigen Ziel, Teil des globalen Westens zu werden. Das beinhaltete die beiden großen Versprechen der Freiheit *und* des Wohlstands. Beides aber, Freiheit sowohl als auch Wohlstand, haben Voraussetzungen und Nebenwirkungen, die sich damals in den sich befreienden Gesellschaften des europäischen Ostens (einschließlich und vielleicht besonders Russlands) nur sehr wenige Menschen vorgestellt haben oder besser: haben vorstellen können. Das hat sehr viel und auf vielerlei Weise mit dem von Krastew erwähnten Symboljahr 1968 zu tun. Wie, darauf will ich nun näher eingehen.

Grob und vereinfacht gesagt, begab sich der (alte kapitalistische) Westen in den 1960er Jahren (1968 wurde später als Chiffre gewählt, weil sich in diesem Jahr die Ereignisse am stärksten verdichteten und es im Rückblick wie ein *Point of no Return* wirkt) auf eine beschleunigte Modernisierungsreise, auf die zu folgen der (sowjetische) Osten nicht in der Lage war. Diese Modernisierung war umfassend, denn sie betraf fast alle Bereiche des Lebens, die Wirtschaft genauso wie die Gesellschaft. Genauer gesagt bedingten sich beide Modernisierungsstränge gegenseitig. Der Osten blieb also doppelt zurück (was ich hier ausdrücklich als sachliches und nicht als moralisches Urteil verstanden haben möchte). Wirtschaftlich, vor allem in der Produktivität der Arbeitskraft, ging die Schere immer weiter auf. Gesellschaftlich blieb der Osten weitgehend konservativ, während im Westen sich viele Sozialverhältnisse grundlegend zu wandeln begannen.

Basis und Begleiterin des wachsenden wirtschaftlichen Vorsprungs des kapitalistischen Westens vor dem sozialistischen Osten war also die enorme Beschleunigung einer (schon früher begonnenen) soziokulturellen Revolution, die zwei wesentliche Herrschaftsverhältnisse radikal umzubauen begann: Die Beziehungen zwischen Staat und Individuum und zwischen Männern und Frauen. Das ist eine Entwicklung, die immer noch anhält (manches deutet sogar darauf hin, dass sie sich weiter beschleunigt) und die als Dynamik eines der wesentlichen Merkmale heutiger marktwirtschaftlicher, demokratischer und offener Gesellschaften ist. »Das Schwulenthema«, wie es Krastew verschämt-distanzierend nennt, rückte langsam aber sicher vom schmuddeligen Rand ins Zentrum der Gesellschaft. Im Osten waren die Auswirkungen dieser Entwicklung nach 1968 zwar

auch zu spüren, aber sie blieben weitgehend an der Oberfläche, nahmen sozusagen modischen Charakter an, wie Jeans, Rockmusik und lange Haare, vorerst ohne die von den autoritären Staaten ängstlich zusammengehaltenen Machtstrukturen ernsthaft gefährden zu können.

Dafür gab es in Osteuropa ein anderes, genuines 1968. Der Prager Frühling, das Aufbegehren von Arbeitern in Polen und der Beginn der Dissidentenbewegung in der Sowjetunion zeugen ebenfalls von einer großen Freiheitsbewegung. Doch sie hatte andere Ausgangsbedingungen als ihre Schwester im Westen und nahm wohl auch deshalb einen anderen Ausgang. Während im Westen von den Protestierenden nur *behauptet* wurde, in quasi-diktatorischen Verhältnissen zu leben, lebten die Menschen im Osten *tatsächlich* in Diktaturen. Während es im Westen um *mehr* Freiheit und Möglichkeiten ging (und die vorhandene Freiheit zur Durchsetzung dieser Forderungen genutzt werden konnte), ging es im Osten darum, sich erst einmal die grundsätzlichen Freiheitsrechte zu sichern und nicht allein wegen des Freiheitsverlangens in Gefängnissen, im Lager oder im Exil zu landen. Kurz: Im Westen war diese Bewegung (wie immer mit einigem Auf und Ab) erfolgreich. Im Osten wurde sie brutal unterdrückt.

Dabei möchte ich zwei Beobachtungen beschreiben. Ich habe bisher von zwei Freiheitsbewegungen gesprochen (bei der es sich vielleicht auch nur um eine gemeinsame handelt). Allerdings entsprangen im Westen aus dieser Freiheitsbewegung Anhänger von sehr unfreien, autoritären, um nicht zu sagen totalitären, meist kommunistischen Ideologien. Sie predigten sozusagen Unfreiheit und bekamen Freiheit. Dass das für sie (und ihre Gesellschaften) nicht schief ging, lag vor allem an der dortigen Freiheit, die schon vor ihnen errungen worden war. Im Osten dagegen waren Freiheit und Recht nicht nur Losungen, sondern wesentlicher Teil der politischen Ideologie (und, soweit das überhaupt möglich war, Praxis) der meisten Dissidenten. Trotzdem wurden sie weiterhin unterdrückt (auch wenn, von heute aus gesehen, die darauf folgende *Zeit der Stagnation* (russisch: »*sastoj*«) schon den Keim von 1989/90 in sich trug, was damals aber niemand wissen konnte).

Die zweite Beobachtung liegt darin, dass es sowohl im Osten als auch im Westen nicht die großen ideologischen Entwürfe waren, die die (letztlich erfolgreiche) Wühlarbeit der Freiheit vorangetrieben haben. Die westlichen Gesellschaften wurden vor allem durch die Veränderungen der Geschlechterverhältnisse, sowie die Etablierung und gesellschaftliche Anerkennung neuer Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen (heute nennt man das Zivilgesellschaft) modernisiert (was in diesem Fall auch bedeutete, dass das Freiheitsfundament breiter wurde). Im Osten war es vor allem die Etablierung

einer *Sprache des Rechts* von unten, die allmählich das Verständnis von politischer Herrschaft veränderte.

Ab 1989/90 musste der Osten (weil es die Menschen dort so wollten) *aufholen*. Wer (wirtschaftlich) so erfolgreich ein wollte wie der Westen, wer so frei leben wollte wie im Westen, so war die allgemein akzeptierte These, musste so werden wie der Westen. Der Osten musste sich also ändern, der Westen konnte weiter machen wie gewohnt. Was sich im Westen als Folge von langen, heftigen und mitunter auch gewaltvollen gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen durchgesetzt hat, sollte im Osten nun (ich spitze hier natürlich zu) einfach »übernommen« werden. Doch so funktionieren Gesellschaften nicht. Was wir dort nun sehen ist *grosso modo* eine Gegenbewegung, die mancherorts, wie in Russland, die Form einer ausgewachsenen Restauration angenommen hat.

Wie so oft bei Restaurationen, schieben die Restauratoren die Gründe für die Veränderungen, die sie rückgängig zu machen wünschen, nach außen. Für Orban in Ungarn, die AfD in Deutschland und den Front National in Frankreich ist es Brüssel, gegen das die angebliche nationale Eigenart verteidigt werden muss. Für Kaczyński in Polen ist es das erneute deutsche Diktat. Und für den Kreml (und mit ihm für viele Menschen in Russland) ist es der Westen insgesamt, gegen dessen Kolonisierungsversuche sich zur Wehr gesetzt werden muss.

Es sieht aus, als ob die Selbstbefreiung von vor 25 Jahren in Russland heute weitgehend vergessen ist. Doch das scheint nur so. Ich bin davon überzeugt, dass auch die russische Gesellschaft (und noch mehr die Gesellschaften westlich von Russland und östlich des alten Westens) sich längst auf den 1968 vom Westen eingeschlagenen Weg einer tiefgreifenden Veränderung der Herrschaftsverhältnisse gemacht hat. Dieser Weg ist nicht gerade, sondern verschlungen. Er wird auch nicht genau so aussehen, wie im Westen. Und er wird zu neuen russischen Eigenarten führen. Der reale und der kollektive Putin können ihn eine Weile aufhalten, die Bewegung behindern. Verhindern können sie sie nicht.

Nun operiere ich hier die ganze Zeit leichthändig mit ganzen Gesellschaften und internationalen Großräumen. Die sind aber keineswegs so homogen, wie es deshalb vielleicht erscheinen mag. Es gibt, gesellschaftspolitisch, einen (minoritären) inneren Osten im Westen und einen (minoritären) inneren Westen im Osten. In beiden sind die Leiden an den Zumutungen der Moderne heftig. Der Westen hat nur schon ein wenig mehr Erfahrung damit.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

3. – 16. Juni 2016

3.6.2016	Das Gericht des Moskauer Presnenskij-Rayons verurteilt Sergej Drobysch, den ehemaligen Generaldirektor einer Sparte von »Oboronserwis«, das dem Verteidigungsministerium untersteht, wegen der Weiterleitung von Bestechungsgeldern zu einer Haftstrafe von vier Jahren Strafkolonie unter strengen Bedingungen.
4.6.16	Außenminister Sergej Lawrow erklärt in einem Fernsehinterview das Einverständnis der russischen Regierung, dass Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) bei ihrem Einsatz im Osten der Ukraine zur Selbstverteidigung mit Waffen ausgerüstet sein können.
5.6.2016	Der Minister für Informationstechnologien und Kommunikation der Region Perm, Jewgenij Balujew, wird vom Inlandsgeheimdienst FSB wegen Korruptionsverdacht festgenommen.
6.6.2016	Die Russische Anti-Doping-Agentur (RUSADA) verhängt gegen neun russische Sportler Sperren von zwei bis acht Jahren.
6.6.2016	In St. Petersburg nehmen mehr als 400 Personen an einer Kundgebung gegen die geplante Benennung einer Brücke nach dem ehemaligen Präsidenten der Tschetschenischen Republik, Achmat Kadyrow, teil. Unter den Teilnehmern sind u. a. der stellvertretende Vorsitzende der Partei »Parnas«, Ilja Jaschin, Abgeordnete der Gesetzgebenden Versammlung St. Petersburg und Vertreter der Kommission für Ortsnamen.
7.6.2016	In Polen beginnt nahe der Stadt Torun das Militärmanöver »Anakonda«, an dem 24 Nato-Staaten und auch Georgien und die Ukraine beteiligt sind. Laut dem polnischen Verteidigungsminister Antoni Macierewicz sei das Ziel des Manövers, die Verteidigungsfähigkeit der Allianz an ihrer Ostflanke zu testen. Insgesamt werden 3000 Fahrzeuge und Panzer, 105 Flugzeuge und Hubschrauber, zwölf Schiffe und 31.000 Soldaten an der Übung teilnehmen.
7.6.2016	Präsident Wladimir Putin empfängt Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu zu Gesprächen in Moskau. Thema der Zusammenkunft ist unter anderem die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder. Außerdem unterzeichnen Putin und Netanjahu ein Abkommen, das russisch-jüdischen Migranten, die vor 1992 nach Israel ausgewandert sind, einen Rentenanspruch in Russland sichern soll.
8.6.2016	Das Anti-Doping-Komitee des Tennis-Weltverbands ITF sperrt die Tennisspielerin Maria Scharapowa für zwei Jahre wegen Dopings.
8.6.2016	Das Gericht des Moskauer Meschtschanskij-Rayons verurteilt den Aktionskünstler Pjotr Pawlenskij zu einer Geldstrafe von einer halben Million Rubel, weil er im November vergangenen Jahres die Eingangstür des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB am Lubjanka-Platz in Moskau in Brand gesteckt hatte. Zusätzlich muss Pawlenskij rund eine halbe Million Rubel für Reparaturkosten zahlen.
8.6.2016	Die ARD sendet die Dokumentation »Geheimsache Doping – Showdown für Russland«, in der Belege präsentiert werden, die darauf hinweisen, dass der russische Sportminister Witalij Mutko an der Vertuschung eines Dopingvergehens im Profifußball beteiligt gewesen sei. Witalij Mutko weist die Vorwürfe zurück und sieht darin den Versuch der Einflussnahme auf die Entscheidung des Weltleichtathletikverbands IAAF über die Suspendierung des russischen Leichtathletik-Verbandes.
9.6.2016	Im Großraum Moskau verunglückt ein Kampffjet des Typ SU-27 bei einer Luftschau zur feierlichen Eröffnung eines Pilotendenkmals. Der Pilot des Flugzeugs kommt beim Absturz ums Leben.
10.6.2016	Das Gericht des Leninskij-Rayons von Kostroma verurteilt den Leiter der Petersburger Abteilung der Oppositionspartei Parnas, Andrej Piwowarow, zu einer Geldstrafe von 1,5 Millionen Rubel, da er zur Überprüfung von Wählerunterschriften polizeiliche Daten verwendet und dafür einen Polizisten bestochen habe. Das Gericht beschließt zudem, dass Piwowarow anderthalb Jahre kein öffentliches Amt ausüben und somit nicht zu den anstehenden Wahlen antreten darf.
10.6.2016	Der Fernsehsender »Rossija 1« sendet einen sechsminütigen Beitrag, in dem der Journalist Hajo Seppelt, Autor der Dokumentation »Geheimsache Doping – Showdown für Russland« von der russischen Journalistin Olga Skabewewa in seinem Hotelzimmer zur Dopingkrise in Russland interviewt wird. Der Beitrag zeigt Szenen des Interviews, in denen dieses in eine Auseinandersetzung eskaliert, an dessen Ende Seppelt das russische Fernseh-Team des Hotelzimmers verweist. Laut Seppelt habe eine gezielte Provokation während des Interviews stattgefunden. Der WDR prüft nun juristische Schritte gegen Rossija 1, weil das Interview trotz einer direkt erfolgten Unterlassungsverfügung ausgestrahlt wurde.

11.6.2016	Vor dem Spiel England gegen Russland bei der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich kommt es in Marseille zu schweren Ausschreitungen zwischen englischen und russischen Fangruppen. Die Gewalt setzt sich während des Spiels fort, als russische Zuschauer auf in benachbarten Blöcken sitzende englische Fans zustürmen und diese attackieren.
12.6.2016	Nach den schweren Ausschreitungen russischer Hooligans am Vortag im Stadion von Marseille, eröffnet die Europäische Fußball-Union UEFA ein Disziplinarverfahren gegen den russischen Fußballverband.
12.6.2016	In vielen Regionen Russlands finden Feierlichkeiten zum »Tag Russlands« statt. Im Kreml findet zu diesem Anlass die feierliche Verleihung von Staatspreisen statt, bei der Präsident Vladimir Putin Auszeichnungen in den Bereichen Literatur und Kunst, Wissenschaft, Technologie sowie geistige Errungenschaften überreicht.
13.6.2016	Der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein südkoreanischer Amtskollege Yun Byung-se unterzeichnen einen Aktionsplan für 2016–2017 über die Zusammenarbeit der beiden Länder, u. a. zur Terrorismusbekämpfung, in der Arktis, zur Informationssicherheit und in der Nordkorea-Frage.
14.6.2016	Die Disziplinarkommission der UEFA verurteilt den russischen Fußballverband wegen der schweren Ausschreitungen während des EM-Spiels Russland gegen England zu einer Geldstrafe von 150.000 Euro und einem Ausschluss vom Turnier auf Bewährung.
14.6.2016	Unbekannte schlagen den Leiter des Regionalverbands Uljanowsk der Oppositionspartei »Parnas« Aleksandr Bragin brutal zusammen. Bragin wird mit einem Schädel-Hirn-Trauma ins Krankenhaus eingeliefert.
14.6.2016	Die in Russland wegen Spionage bzw. Vorbereitung eines Terroranschlags verurteilten Jurij Soloschenko und Genadij Afanasjew werden von Russland gegen die in der Ukraine des Separatismus beschuldigten Ukrainer Jelena Glischtschinskaja und Witalij Didenko ausgetauscht.
15.6.2016	Der Föderationsrat stimmt einer Gesetzesänderung zu, die die Tätigkeit von Nachrichten-Aggregatoren (wie z. B. »Google News«) stärker reguliert. Dem neuen Gesetz zufolge haften Nachrichten-Aggregatoren mit mehr als einer Million täglicher Nutzer für den Inhalt der verbreiteten Informationen, es sei denn es handelt sich um eine wortwörtliche Wiedergabe von Material, das von registrierten Pressekanälen publiziert wurde.
16.6.2016	Beginn des alljährlichen Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums. Im Rahmen des Forums spricht Präsident Vladimir Putin mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, über die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Russlands zur Europäischen Union und über die Lage in der Ukraine und in Syrien.
16.6.2016	Der Gouverneur St. Petersburgs Georgij Poltawtschenko unterzeichnet den Beschluss, dass die neu errichtete und bisher namenlose Brücke über den Dudergofskij-Kanal nach dem ehemaligen Präsidenten Tschetscheniens Achmat Kadyrow benannt wird.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde und Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php